



Den ländlichen Raum lebenswert erhalten und gestalten

- mit einer wertschöpfenden Landwirtschaft!**
- mit einer nachhaltigen Agrar- und Ernährungskultur!**



Strategiepapier

Arbeitsgemeinschaft bäuerliche Landwirtschaft (AbL) RLP/Saarland

Herausgeber:



Arbeitsgemeinschaft bäuerliche Landwirtschaft (AbL) Landesverband Rhein-
land-Pfalz – Saarland

c/o Ralf Wey (Vorsitzender)

Maifeldstr. 15

56332 Moselsürsch

Tel./Fax: +49-2605-952730/952732

e-mail: ralf.vey@abl-rlp-saar.de

© Alle Rechte des Nachdrucks – auch auszugsweise - liegen bei der Arbeitsge-
meinschaft bäuerliche Landwirtschaft (AbL) Landesverband Rheinland-Pfalz –
Saarland

V.i.s.d.P.: Ralf Wey (Vorsitzender)

Maifeldstr. 15

56332 Moselsürsch

Ausarbeitung:

Arbeitskreis Strategiepapier, 2009

Dipl. Ing. agr. Klaus Bay

Dr. agr. Dipl. Geogr. Andrea Beste

Dipl. Ing. agr. Ulrike Höfken, MdB

Dipl. Biol. agr. Claudia Leibrock

Dipl. Ing. Landespflege Norbert Worm

Endredaktion und Layout:

Büro für Bodenschutz und Ökologische Agrarkultur, Mainz

www.gesunde-erde.net

Inhalt

Vorwort

Einleitung - Ländlicher Raum heute - Vorstellungen und Realitäten

1	Aktuelle Herausforderungen	4
1.1	Klimawandel – heiß gelaufen!	4
1.2	Globale Weltmarktentwicklung und bäuerliche Interessen	6
1.2.1	Weltmarkt und WTO – <i>Weltmacht WTO?</i>	6
1.2.2	Weltmarktpreise – <i>Die Exportlüge!</i>	6
1.3	Falsche Ausrichtung politischer Rahmenbedingungen Europa - Deutschland - Rheinland- Pfalz	8
1.3.1	Falsche Ausrichtung politischer Rahmenbedingungen ... Europa.....	8
1.3.1.1	<i>Ländliche Entwicklung – Darwin lässt grüßen!</i>	8
1.3.1.2	<i>Milchpolitik – Masse statt Klasse!</i>	11
1.3.2	Falsche Ausrichtung politischer Rahmenbedingungen ... Deutschland	12
1.3.2.1	<i>Ländliche Entwicklung – OECD: „nicht zeitgemäß“!</i>	12
1.3.2.2	<i>Ökolandbau – am Markt vorbei!</i>	15
1.3.2.3	<i>Gentechnik – das teure Märchen von der Koexistenz</i>	16
1.3.3	Falsche Ausrichtung politischer Rahmenbedingungen ... Rheinland Pfalz – <i>warum nicht zweimal Geld ausgeben?</i>	18
2	AbL - Moderne Interessenvertretung für Landwirte	21
2.1	Leitbilder	21
2.1.1	Für eine flächendeckende nachhaltige Landwirtschaft.....	21
2.1.1.1	<i>Umwelt- und Tiergerechtigkeit</i>	23
2.1.1.2	<i>Energieeffizienz und Klimaschutz</i>	24

2.1.1.3	<i>Patente und GVO</i>	27
2.1.2	Für eine gerechte transparente Agrarförderung.....	28
2.1.3	Für einen attraktiven grünen Beruf mit gutem Einkommen.....	29
2.1.3.1	<i>Substanz der Betriebe</i>	29
2.1.3.2	<i>Arbeitsbelastung</i>	31
2.1.3.3	<i>Milch</i>	32
2.1.3.4	<i>Moderne Zusammenarbeit statt Wachstum und Arbeitsbelastung</i>	33
2.1.3.5	<i>Zeitgemäße Aus- und Weiterbildung</i>	35
2.1.4	Für eine große Vielfalt der Betriebe.....	36
2.1.5	Für Wertschöpfung in der Region	37
2.1.6	Verbraucher- und marktorientiert.....	39
2.1.6.1	<i>Qualitativ hochwertige Lebensmittel</i>	40
2.1.6.2	<i>Verbraucherinformation</i>	43
3	Forderungen an die Politik	44

Vorwort

Was heißt heute bäuerliche Landwirtschaft?

Welche Bilder von Bauern wabern heute durch die Gesellschaft, die Politik, die Medien? Die Bilder reichen vom etwas rückständigen, ländlichen Ureinwohner, traditionsverhaftet und von der High-Tech-Gesellschaft abgekoppelt, über den von Subventionszahlungen und Agrarchemieweisheiten abhängigen, dauerklagenden Rohstoff-Produzenten bis hin zum modernen, marktorientierten Großunternehmer mit automatisiertem Fütterungscomputer, satellitengesteuertem Schlepper und wissenschaftlich laboriertem Biomasse-Saatgut.

So unterschiedlich diese Bilder auch sind, sie haben eins gemeinsam: Die Landwirtschaft ist heute in der Defensive. Sie muß sich entweder für ihre Rückständigkeit und ihre Subventionen oder ihre Naturferne und fabrik-ähnliche Produktion entschuldigen. Allein die Werbung auf Schinkenverpackungen, Eierkartons, auf Milchtüten und in Fernsehspots macht uns weiß, das die Landwirtschaft eine einzige Idylle ist, mit glücklichen Tieren und verantwortungsbewussten, naturverbundenen Bauern!

Wissenschaftler, Wirtschaftsberater, Lebensmittelproduzenten und -händler wollen Höchsterträge, Rationalisierung, globale Wettbewerbsfähigkeit - und die Anti-Matsch-Tomate, topfit für Transport und Verarbeitung. Naturschützer wollen die kulturlandschaftstypische Streuobst- und die seltene Feuchtwiese. Der Tourismusverein will die typischen Weinberge in Steillagen. Ein ursprünglich „ganzheitlicher“ Beruf wird jeweils aus Interessentensicht funktionsbringend zerlegt.

Aber Landwirtschaft bietet mehr. Dazu gehört unter anderem die Fähigkeit naturwissenschaftliches, betriebswirtschaftliches und technisches Wissen vernetzt, bedarfsgerecht und praktisch anzuwenden, Mitarbeiter zu führen und sowohl auf wechselnde Natur- als auch Marktbedingungen flexibel zu reagieren; Bauern sind Gärtner, Gemüsebauer, Tierzüchter, Kfz-Mechaniker, Meteorologen, Biologen, Betriebsmanager, Personalleiter – und vieles davon gleichzeitig. Einen vielfältigeren Beruf gibt es nicht.

Das fordistische Fabrik-Modell: billige Masse am Fließband wird dem nicht gerecht – und eine quasi staatlich angestellte Landschaftspflege zur Aufhübschung der Tourismuskulisse auch nicht.



Inzwischen gibt es viele Beispiele für erfolgreiche Projekte der Regionalentwicklung in denen Bauern mit der regionalen Vermarktung ihrer Produkte maßgeblich beteiligt waren und vernetzt mit der Entwicklung von Tourismus und Handwerk zu einem wirtschaftlichen Pfeiler der jeweiligen Regionen geworden sind. Hierfür ist es nötig, die festgefahrene (Selbst-) Sichtweise der Landwirtschaft als hauptsächlich rohstoffproduzierend zu überwinden und sich wieder mit Verarbeitung, Vermarktung und Kundenkommunikation zu befassen.

Ob Erzeugung besonderer Produkte und Qualitäten, hofeigene oder gemeinschaftliche Verarbeitung und Vermarktung, ob Energieerzeugung aus Holz, Wind, Biogas oder das Bauernhofcafé – Bauern und Bäuerinnen sind viel weiter, als es dem oben gezeichneten Bild entspricht.

Gerade wenn Gemeinden und Verbraucher lebendige Regionen, eine abwechslungsreiche Landschaft und gesunde Nahrungsmittel wünschen, dann ergibt sich daraus die **Chance der Bauern**, dieser Nachfrage zu begegnen – mit der **Forderung** nach gerechten Preisen, stabilen Rahmenbedingungen und einer Regionalpolitik, die eine hohe Wertschöpfung im ländlichen Raum ermöglicht - MIT einer umweltfreundlichen, qualitätsorientierten, bäuerlichen Landwirtschaft.

Einleitung

Ländlicher Raum heute - Vorstellungen und Realitäten

Mit dem Begriff „Land“ oder „ländlich“ verbinden wir Vorstellungen von *bäuerlicher Landwirtschaft, Traditionen, Zusammenhalt, heimatlicher Verbundenheit, intakten Landschaften und Erholung.*

Aber auch andere Vorstellungen sind damit verknüpft:

- *dünne Besiedlung bei gleichzeitiger Überalterung der Bevölkerung,*
- *schwere Erreichbarkeit urbaner Zentren,*
- *eine schlechte oder sich verschlechternde Infrastruktur,*
- *geringe Industriedichte,*
- *eine Landwirtschaft im Strukturwandel und damit als Arbeitgeber kaum mehr relevant.*

Die Bedeutung der ländlichen Räume in Deutschland wird oft unterschätzt. Dabei leben zwei Drittel der deutschen Bevölkerung in ländlich geprägten Regionen. Ländliche Räume tragen einen großen Teil zur gesellschaftlichen Wertschöpfung bei. Hier existieren mehr als 23 Millionen Arbeitsplätze und werden 57 Prozent der Wirtschaftsleistung erbracht.

Die Entwicklungsperspektiven der ländlichen Räume weisen in Deutschland große Unterschiede auf. Es gibt intakte ländliche Regionen mit einer hohen Wertschöpfung vor Ort (Beispiel Hohenlohe), die meist eng mit einer erfolgreichen Kombination von Landwirtschaft, Handwerk und Tourismus zusammenhängt. Aber es gibt auch die schrumpfenden Regionen, in denen viele der oben genannten Probleme zusammentreffen. Die stark unterschiedlichen Bedingungen verschärfen sich durch die unzureichende Finanzausstattung der Förderprogramme für die ländlichen Räume. Wichtige Aufgaben, die die Voraussetzungen für eine positive Entwicklung schaffen könnten bleiben daher unerledigt:

- neue Konzepte für eine umweltverträgliche Mobilität,
- nachhaltige Finanzierbarkeit des öffentlichen Personennahverkehrs,
- Kostenoptimierung öffentlicher Einrichtungen,
- regionales Management für regionale Probleme (Strukturwandel, Demografischer Wandel, Abwanderung)

- Förderung regionaler Kooperationen
- Stärkung kleiner und mittlerer Unternehmen

Eine vernünftige Politik für den ländlichen Raum darf die heute weniger erfolgreichen Regionen nicht abhängen. Sie muss flexible Konzepte entwickeln und unbürokratische Wege gehen, um das Leben vor Ort lebenswert zu machen, mit so viel Regionalität wie möglich und so viel globaler Perspektive wie nötig.

Das in der Verfassung festgeschriebene Ziel der gleichwertigen Lebensverhältnisse heißt nicht identische Lebensverhältnisse von Stadt und Land. Jeder, der sich für ein Leben in urbanen Zentren oder in ländlichen Gebieten entscheidet, weiß, dass er sich damit auf völlig unterschiedliche Lebensumstände mit spezifischen Vor- und Nachteilen einlässt. Gesellschaftliche und politische Beteiligungschancen müssen allerdings für alle Bürgerinnen und Bürger unabhängig von ihrem Wohnort gewährleistet sein. Deshalb verstehen wir Gleichwertigkeit als Chance auf gerechte Teilhabe am gesellschaftlichen und politischen Leben. Wesentlich sind Arbeitsplatz- und Einkommenschancen, politische Beteiligungschancen, schulische und berufliche Ausbildungsangebote sowie Möglichkeiten zur beruflichen und persönlichen Qualifizierung.

1 Aktuelle Herausforderungen

1.1 Klimawandel – *heiß gelaufen!*

Im Februar 2007 veröffentlichte der Klimarat der Vereinten Nationen, der IPCC (Intergovernmental Panel on Climate Change), den ersten Teil des neuen Berichts über globale Klimaveränderungen und alarmierte damit die Weltöffentlichkeit. Das Gremium der führenden Klimawissenschaftler stellte fest, dass die Durchschnittstemperatur weltweit in den vergangenen 100 Jahren schon um etwa 0,74 Grad Celsius gestiegen ist. Das ist mehr, als bisher angenommen. Einen so hohen und schnellen Anstieg hat die Menschheitsgeschichte noch nie erlebt. Der Klimawandel wird für Menschen, Böden, Wasserhaushalt sowie für die Biodiversität gravierende Folgen haben. Durch vielfältige Maßnahmen zur Vermeidung von Treibhausgasemissionen können diese Konsequenzen vielleicht gemindert, jedoch nicht mehr abgewendet werden.

Massentierhaltung und moderne Landwirtschaftsmethoden mit hohem Einsatz von Kunstdünger belasten das Klima durch Methan und Lachgasemissionen^a. Die Landwirtschaft war 2006 mit 133 Millionen Tonnen CO₂-Äquivalenten an der Produktion von Treibhausgasen beteiligt, das entspricht 13,3 % der Gesamtemissionen. Darin sind Vorleistungen beispielsweise aus der Energiebereitstellung und der Herstellung von Mineraldüngern eingerechnet.

Derzeit findet als Reaktion auf die starke Förderung der Bioenergie eine erhebliche Nutzungsintensivierung statt, die klimapolitisch vielfach äußerst kontraproduktiv ist. Den größten Anteil an den Klimagasemissionen haben dabei Landnutzungsänderungen, wie die ackerbauliche Moornutzung sowie die Umwandlung von Grünland in Ackerland.

Die Landwirtschaft ist jedoch nicht nur Mitverursacher des Klimawandels, sondern auch Betroffener. Elf der letzten zwölf Jahre gehören zu den zwölf wärmsten seit 1850. Im Zuge des Klimawandels ist bei uns in Mitteleuropa vermehrt mit Extremregenfällen, und damit Erosion und Hochwassergefahr einerseits, aber auch mit Dürreperioden andererseits zu rechnen. Schon heute können unsere Böden diese Extremereignisse aufgrund von Verdichtung oft nicht mehr kompensieren. Ein verdichteter Boden ist in seiner Wasseraufnahme- und speicherfähigkeit stark beeinträchtigt. Er kann sein Optimum an Wasseraufnahme- und -speicherung nicht erfüllen. Um den Folgen des Klimawandels aktiv und vorsorgend zu begegnen, müssten unsere Böden durch ein angepasstes Humus- (- anreicherungs-) management fit gemacht werden, um ihre Wasseraufnahme und -speicherfähigkeit zu erhöhen. Der ökologische Landbau wäre dazu – abgesehen von seinem geringeren Energiebedarf und CO₂-Ausstoß – in besonderem Maße geeignet, aber auch im konventionellen Landbau sind Maßnahmen in dieser Richtung nötig¹. Eine Steigerung der Humus, und damit der C_{org}-Gehalte (Gehalte an organisch gebundenem Kohlenstoff), ist grundsätzlich in beiden Bewirtschaftungssystemen möglich.

Besonders klimarelevant wäre eine Reduktion der Massentierhaltung bzw. der Viehdichte. Seit 1958 ist in Deutschland die Fleischproduktion um 600 % gestiegen. Die Fleischerzeugung benötigt einen mehr als zehn mal höheren Energieinput als die Pflanzenproduktion und bringt deutlich höhere Ausstöße an CO₂ und Methan mit sich. Darüber hinaus müssten die politischen Rahmenbedingungen eine Bevorzugung von organischen Düngern und optimale Ausbringungs- und Lagerungspraktiken fördern, da in erster Linie Mineraldünger und in zweiter Linie unangemessene Ausbringungs- und Lagerungspraktiken für die Lachgasemissionen verantwortlich sind.

^a Lachgas – NO₂ - ist knapp 300 mal klimawirksamer als CO₂

1.2 Globale Weltmarktentwicklung und bäuerliche Interessen

1.2.1 Weltmarkt und WTO – Weltmacht WTO?

Die für die politische Organisation des Welthandels wichtigste Institution ist die Welthandelsorganisation (WTO). Sie hat vor allem einen Abbau von Zöllen und Handelshindernissen zum Ziel. Die WTO hat zurzeit 153 Mitglieder, unter anderem die USA, Japan, China und die Mitgliedstaaten der Europäischen Gemeinschaft. Die WTO-Mitglieder erwirtschaften mehr als 90 % des gesamten Welthandelsvolumens. Wesentliche Nicht-Mitglieder sind ehemalige Staaten der Sowjetunion und mehrere Staaten des Nahen Ostens.

Immer wieder untergräbt die WTO mit ihren Entscheidungen Vorsorgebestrebungen der Mitgliedsstaaten. So hat sie beispielsweise im Jahre 2006 entschieden, dass das EU-Moratorium für die Zulassung neuer Gen-Pflanzen den freien Handel blockiert, obwohl 172 europäische Großregionen wie die Toskana oder Oberösterreich von der EU-Kommission das Recht fordern, den Anbau von Gen-Pflanzen zu untersagen. Damit wurde der Klage der USA, Kanadas und Argentiniens stattgegeben und u.a. amerikanischen privatwirtschaftlichen Interessen der Vorrang vor den Vorsorge- und Selbstbestimmungsinteressen der EU-Bürger gegeben.

Die Liberalisierung und die Ausrichtung auf zunehmenden Welthandel haben zur Konzentration landwirtschaftlicher Produktion und zur Verdrängung kleinbäuerlicher Betriebe im Norden und Süden beigetragen. Die maßgeblich von der WTO bestimmten Agrarhandelsregeln begünstigen einseitig die Interessen multinationaler Agrarkonzerne und großer Exporteure. Lange Transportwege sowie der verstärkte Einsatz von Energie, Pestiziden, Düngemittel, Wasser u.a. in intensivierten Großbetrieben bringen massive Umwelt- und Gesundheitsschäden für Landarbeiter und Landbevölkerung mit sich. Entwicklung kann nicht allein nach Maßstäben des wirtschaftlichen Wachstums und der Weltmarktintegration beurteilt werden. Agrarhandelsregeln dürfen einer breitenwirksamen Einkommensverteilung, beschäftigungswirksamen ländlichen Entwicklung, ökologisch nachhaltigen Anbaumethoden und einer vielfältigen Agrarstruktur und Kulturlandschaft nicht zuwiderlaufen².

1.2.2 Weltmarktpreise – Die Exportlüge!

Immer wieder wird auf agrarpolitischen Veranstaltungen der Weltmarkt beschworen. Es wird - unhinterfragt - behauptet, nur wer zu Weltmarktpreisen produzieren kann, sei

wettbewerbsfähig. Ist der Weltmarktpreis zur Orientierung für einen mitteleuropäischen mittelgroßen Betrieb überhaupt geeignet? Lässt er eine sozial und ökologisch ausgeglichene landwirtschaftliche Produktion in Mitteleuropa zu?

Der Weltmarktpreis für Agrarprodukte bildet sich nach der Aushandlung der Handelsinteressen der wichtigsten am Weltmarkt beteiligten Staaten und Konzerne. Die tatsächlichen Produktionskosten werden dabei nicht berücksichtigt. Daher macht es keinen Sinn, wenn sich Bauern in Mitteleuropa bei der Produktion von beispielsweise Milch an einem Weltmarktpreis orientieren, den ein Milchproduzent aus Neuseeland gerade noch so hinbekommt. Versuchen sie es dennoch, landen sie in einer nicht enden wollenden Wachstumsspirale. Stallhaltung – zumindest im Winter - , Kraffuttereinsatz und Futterbau bedingen hier die Produktionskosten, während es in Neuseeland Weidezäune, Tränken und mobile Melkstände sind. Warum sollten sich Bauern in Mitteleuropa damit messen, anstatt für hiesige Märkte Qualitätsprodukte zu liefern? Die in Europa produzierte Frisch-Milch wird überwiegend in Europa gehandelt und verzehrt. Warum sollte sich der Preis frischer Qualitätsmilch in Europa nach dem Preis von subventioniertem Milchpulver auf dem Weltmarkt richten? Ohne Exporterstattung wäre das Milchpulver aus der EU ohnehin nicht wettbewerbsfähig.

Ökologische und gesellschaftliche Leistungen der Landwirtschaft können nicht honoriert werden, wenn (künstlich niedrig gehaltene) Weltmarktpreise angepeilt werden. Weite Teile der Gesellschaft erwarten, dass die Bauern und Bäuerinnen die Kulturlandschaft erhalten und pflegen, Tiere artgerecht halten und füttern und schließlich zum Erhalt einer intakten wirtschaftlichen, sozialen und kulturellen Infrastruktur in ländlichen Regionen beitragen. Dies ist zum Weltmarktpreis unter den Bedingungen Mitteleuropas nicht möglich.

1.3 Falsche Ausrichtung politischer Rahmenbedingungen Europa - Deutschland - Rheinland- Pfalz

1.3.1 Falsche Ausrichtung politischer Rahmenbedingungen ... Europa

1.3.1.1 Ländliche Entwicklung – Darwin lässt grüßen!

Das Konzept der Europäischen Metropolregionen (EMR) sieht vor, „bestimmte Regionen als strategische Plattformen für den globalen Wettbewerb zu stärken“.

Metropolregionen sind danach „Motoren der gesellschaftlichen, wirtschaftlichen, sozialen und kulturellen Entwicklung mit guter Erreichbarkeit auf europäischer und internationaler Ebene und weiter Ausstrahlung in das Umland.“

Würde man diesem Konzept in aller Konsequenz folgen, würde das bewirken, dass die ungleiche räumliche Entwicklung sich verstärkt und ein Nebeneinander von Wachstums-, Stagnations- und Schrumpfungsregionen entsteht. Qualifizierte Arbeit, hochwertige Infrastruktur, Investitionen usw. würden sich verstärkt in dichter besiedelten Räumen konzentrieren.

Der dadurch entstehende Wettbewerb der Standorte würde im ländlichen Raum die aktuell schon bekannten negativen Auswirkungen deutlich verstärken, wie z.B.:

- Geringe Bindung an die Region und hohe Fluktuation der Betriebe (Betriebe folgen dem geringsten Arbeitslohn-Niveau) sowie
- Flächenverbrauch und Zersiedelung (jeder Ort weist sein eigenes Gewerbegebiet aus)
- Zunahme des Güter- und des Individualverkehrs (zum Teil sich überkreuzende Warenströme, Zunahme des Pendlerverkehrs zum Arbeitsplatz in der nächsten Stadt)

Mit der Reform der Gemeinsamen Agrarpolitik (GAP) im Jahr 1999 – der Agenda 2000 – wurde die *Entwicklung des ländlichen Raumes*, neben dem wichtigen Bereich der Marktordnungsmaßnahmen (1. Säule), als *zweite Säule der EU-Agrarpolitik* festgeschrieben.

1. und 2. Säule

Die Agrarausgaben werden aus zwei Fonds finanziert, die Teil des Gesamthaushaltsplans der EU sind: aus dem Europäischen Garantiefonds für die Landwirtschaft (EGFL) werden die Direktzahlungen an Landwirte und Maßnahmen zur Regulierung der Agrarmärkte finanziert, wie Interventionsmaßnahmen und Ausfuhrerstattungen (1. Säule)

1. Säule (EGFL) – Direktzahlungen

Um Direktzahlungen beanspruchen zu können, muss ein Landwirt über Zahlungsansprüche und Land verfügen. Für die Berechnung der Zahlungsansprüche werden entweder die Zahlungen herangezogen, die der Landwirt während eines Referenzzeitraums in der Vergangenheit erhalten hat (historisches Modell), oder aber es wird die förderfähige Fläche (in ha) zugrunde gelegt (regionales Modell, Deutschland).

Diese Gelder kommen in erster Linie flächenstarken durchrationalisierten Betrieben zugute (s. Kapitel 1.3.2.1)

2. Säule (ELER) - Entwicklung des ländlichen Raums

Die Programme der Mitgliedstaaten zur Entwicklung des ländlichen Raums werden aus dem Europäischen Landwirtschaftsfonds für die Entwicklung des ländlichen Raums (ELER) finanziert. Die EU-Mittel für die Entwicklung des ländlichen Raums werden im Rahmen von Programmen vergeben, für deren Verwaltung die nationalen Regierungen zuständig sind (in Deutschland die Länder).

Der ELER soll zur Verwirklichung dreier Ziele beitragen, die auch als *Achsen* bezeichnet werden.

1. Steigerung der Wettbewerbsfähigkeit von Land- und Forstwirtschaft,
2. Verbesserung der Umwelt und der Landschaft sowie
3. Steigerung der Lebensqualität im ländlichen Raum und Diversifizierung der Wirtschaft.

Mit ELER-Mitteln werden auch die Agrarumweltprogramme (in RLP PAULa) und die Diversifizierung gefördert. Diese Gelder kommen in hohem Maße mittleren und kleinen vielfältigen Betrieben zugute.

Die Finanzierung der beiden Säulen der Europäischen Agrarpolitik ist höchst unterschiedlich geregelt. Während die Maßnahmen der 1. Säule (Marktordnungen, Direkt-

zahlungen) zu 100 % aus Brüssel finanziert werden, die Mitgliedstaaten also keinen Kofinanzierungsanteil zu leisten haben, übernimmt die EU in der 2. Säule nur einen Teil der Ausgaben, der andere Teil muss von den Staaten (in Deutschland den Ländern) kofinanziert werden.

Zur Bedeutung der 2. Säule äußerten sich u.a.:

Fischer-Boel, EU-Kommissarin^b: *Die 2. Säule ist die „Lebensversicherung der Landwirtschaft“*

Klaus-Dieter, Borchardt, stellv. Kabinettschef in der Generaldirektion Landwirtschaft in der EU-Kommission: *„Nicht mit der 1., wohl aber mit der 2. Säule werden Arbeitsplätze geschaffen“*

Versprechen der EU: *2. Säule ist „die Zukunft“, wir werden sie weiter ausbauen!*

Die ab 2007 vorgenommenen Kürzungen bei der zweiten Säule aus dem sog. „Merkel-Kompromiss“ des Europäischen Rates der Staats- und Regierungschefs von 2005 und die zusätzlich von der Bundesregierung im Haushalt 2006 vorgenommenen Kürzungen um 50 Mio. Euro bei der Gemeinschaftsaufgabe zur Verbesserung der Agrarstruktur und des Küstenschutzes (GAK) führen diese Aussagen ad absurdum.

Finanzierung 1. und 2., Säule 2007-2013:

1. Säule (Direktzahlungen): Von 4,3 Mrd. € in 2004 Aufstockung auf 5,7 Mrd. € in 2013

2. Säule (Ländliche Entwicklung): Um 2 Mrd. € gekürzt, das bedeutet ein Minus von 300 Mio. € pro Jahr (Vergleich Förderperiode 2000 -2006: ca. 9,4 Mrd. € und Förderperiode 2007 -2013: ca. 7,2 Mrd. €)

Dies bedeutet: Seit dem 1. Januar 2007 fehlen in Deutschland mehr als 300 Millionen Euro jährlich aus Brüssel. Mit den Kofinanzierungsmitteln sind es zwischen 400 Millionen und 500 Millionen Euro jährlich weniger.

Wie damit die in den drei Achsen formulierten Ziele erreicht werden sollen, wird nicht diskutiert.

^b Seit Mitte 2004 ist Mariann Fischer-Boel als EU-Kommissarin designiert und erhielt am 13. August das Ressort Landwirtschaft und ländliche Entwicklung zugewiesen.

1.3.1.2 Milchpolitik – *Masse statt Klasse!*

Ein großer Teil der bäuerlichen Milchviehhaltung steht in ganz Europa mit dem Rücken zur Wand. Seit Jahren wirtschaften die meisten Betriebe zu Erzeugerpreisen, die ihre Kosten nur unzureichend decken. Wegen der ruinösen Preise müssen in RLP beispielsweise jährlich zwischen 100 und 300 Milchviehbetriebe aufgeben.³ Verantwortlich dafür ist die europäische – aber auch die deutsche - Mengenpolitik, die politisch gezielt für eine ständige Überproduktion gesorgt hat. Bisher ist die Mengenproduktion über die Quote geregelt, diese liegt jedoch deutlich über dem Grad der Selbstversorgung und soll noch weiter ausgedehnt werden. Es wird schon jetzt zehn Prozent mehr Milch erzeugt als verbraucht. Die Überschüsse werden meist in Form von Milchpulver oder Butter mit Hilfe von Subventionen künstlich verbilligt auf dem Weltmarkt verkauft (s. auch Kapitel 1.2). Die meisten Exporte gehen nach Afrika und in den Nahen Osten. Für diese Exportsubventionen werden jährlich ein bis zwei Milliarden Euro ausgegeben. Dies hilft weder der bäuerlichen Landwirtschaft in den Zielländern noch bei uns.

Die Folgen für die Betriebe in Europa:

- Bäuerliche Milchviehbetriebe stehen unter dem Druck zu wachsen oder ihre Höfe aufgeben zu müssen.
- Umweltschonende Maßnahmen und artgerechte Tierhaltung können immer weniger umgesetzt werden.
- Verlust von Kulturlandschaften und Schwächung der ländlichen Räume

Folgen für die Milch-Bäuerinnen und -Bauern in den weniger entwickelten Ländern:

- Billige europäische Milcherzeugnisse drängen traditionelle Milcherzeuger von ihren Märkten. Bauern können nicht mehr von ihrer Milchproduktion leben.
- Die Menschen im ländlichen Raum werden weiter in die Armut getrieben.
- Verlust von traditionellen Produkten und Kulturen.
- Eingeschränkte Exportchancen der Länder des Südens

Die auf EU-Ebene beschlossene ersatzlose Streichung der Milchquote und die weitere Deregulierung des Milchmarktes haben eine exportorientierte Milchwirtschaft im Blick. Dies heizt den Strukturwandel weiter an und bedeutet für viele Milchbetriebe in den Mittelgebirgs-, Berg- und Küstenregionen das endgültige Aus.

1.3.2 Falsche Ausrichtung politischer Rahmenbedingungen ... Deutschland

1.3.2.1 Ländliche Entwicklung – OECD: „nicht zeitgemäß“!

In der Koalitionsvereinbarung vom Nov. 2005 steht:

„Wir wollen Wertschöpfung und Arbeitsplätze im ländlichen Raum sichern und ausbauen. Dazu ist ein sektorübergreifender Förderansatz am besten geeignet.

.....Die Finanzierung der Zweiten Säule muss ausreichend abgesichert und die gleichgewichtige Entwicklung beider Säulen gewährleistet bleiben“.

In einer Broschüre „Förderung der ländlichen Entwicklung in Deutschland“ heißt es im Vorwort von Horst Seehofer, damals noch Bundesminister für Ernährung, Landwirtschaft und Verbraucherschutz:

„Ländliche Räume umfassen nahezu 80 % der Fläche Deutschlands. Fast die Hälfte der Bevölkerung lebt hier und erzeugt nicht nur täglich verfügbare sichere und hochwertige Lebensmittel, sondern erbringt insgesamt mehr als ein Drittel der nationalen Wirtschaftsleistung. Ländliche Räume erfüllen wichtige Aufgaben für die Gesellschaft. Sie verfügen über eine große landschaftliche, natürliche und kulturelle Vielfalt. Der Schutz und die nachhaltige Nutzung der natürlichen Ressourcen sichern unsere Lebensgrundlage. Die Land- und Forstwirtschaft sowie die ländlichen Räume sehen sich ständigen Veränderungen und wechselnden Herausforderungen ausgesetzt. Der demographische Wandel, Bevölkerungsrückgänge in ohnehin dünn besiedelten Gebieten, die Globalisierung und Liberalisierung der Märkte, der Natur- und Umweltschutz sowie die teilweise immer noch sehr hohe Arbeitslosigkeit sind dafür prägnante Beispiele. Es gilt, diese Herausforderungen anzunehmen und die vielfältigen – regional sehr unterschiedlichen – Potenziale ländlicher Räume zu erschließen.“

Die Kürzungen in der 2. Säule u.a. durch den von Bundeskanzlerin Merkel verhandelten Kompromiss zum EU-Haushalt 2007 – 2013 sowie weiteren Mittelkürzungen in den Haushalten von Bund und Ländern (s. auch Kapitel 1.3.1.1) werden dieser Zielsetzung nicht im geringsten gerecht.

Für die Agrarförderungs-Programme der Bundesländer (und für die Bäuerinnen und Bauern), bedeutet das beispielsweise Mittelkürzungen von:

–Bayern:-35,6%

–Baden-Württem.: -35,1%

–Rheinland-Pfalz: -31,3 %

–Saarland: -32,1 %

–Hessen:-30,4%

–Sachsen:-26,1 %

Die Folgen sind u.a. :

- geringere Förderung des ökologischen Landbaus (boomende Märkte werden vom Ausland besetzt)
- Vertragsnaturschutz, NATURA 2000 etc. restlos unterfinanziert
- Gunstlagen und industrielle Produktion von Agrarrohstoffen profitieren weiter, dafür verlieren strukturschwache Regionen.

Im Jahr 2008 hat der Weltagrarrat in seinem Weltagrarrbericht betont: Eine Agrarpolitik, die darauf setzt, Wettbewerbsfähigkeit durch „Kostenführerschaft“ (s. auch Kapitel 1.2.2) zu schaffen

- belastet Natur und Umwelt (trotz Einhaltung der Gesetze)
- zerstört Arbeitsplätze
- führt zu intensiver Massentierhaltung
- fördert Konzentration, entleert den ländlichen Raum
- zentralisiert Vorleistung, Verarbeitung und Vermarktung – die regionale Wertschöpfung bleibt aus
- treibt Bäuerinnen und Bauern in problematische Abhängigkeiten
- führt zu Uniformität beim Angebot
- kostet viel Geld in der Nachsorge

Statt weiterhin die industrielle Produktion von landwirtschaftlichen Erzeugnissen zu subventionieren, bedarf es einer radikalen Umorientierung und massiven Umschichtung der

Finanzmittel. Die Weiterentwicklung der 2. Säule (ländliche Entwicklung) zu einem kohärenten Politikfeld ist notwendig und sinnvoll.

Möglichkeit der Umschichtung

Die Staats- und Regierungschefs der EU haben eine Verlagerung von Mitteln aus der 1. in die 2. Säule möglich gemacht, genannt: „*fakultative Modulation*“. Die maximale Höhe beträgt 20 % der 1. Säule. Darüber entscheidet jeder Staat selbst. Hierfür ist eine geringere nationale Kofinanzierung nötig. Die Reaktionen in Deutschland sind leider negativ: BMELV sowie Landesminister lehnen eine Modulation bisher ab mit der Begründung, Bauern bräuchten „Planungssicherheit“.

Wer profitiert wirklich von dieser „Planungssicherheit“?

Zahlungen, die nicht an den Arbeitskräftebesatz gekoppelt sind und aufgrund des Flächenbezugs große rationalisierte Betriebe begünstigen (s. Tabelle), fördern weder Arbeitsplätze, noch geben sie Anreize für eine qualitäts- und ökologiebewusste Produktion. Weil dies an den Zahlen so offensichtlich ablesbar ist, haben Landwirtschaftsministerium und Bauernverband bisher eine Offenlegung der Zahlen blockiert (s. auch Kapitel 2.1.2).

Direktzahlungen Deutschland 2004

	Betriebe D		Zahlungen in D	
	Anzahl	in %	in Mio €	in %
bis 1.250 €	75.262	22,3%	44,32 €	1,1%
1.250 - 5.000 €	99.073	29,3%	282,86 €	6,4%
5.000 - 20.000 €	117.625	34,8%	1.218,84 €	27,8%
20.000 - 100.000 €	41.048	12,2%	1.452,99 €	33,1%
über 100.000 €	4.887	1,4%	1.388,94 €	31,7%
Summe	337.895	100,0%	4.387,85 €	100,0%

Quelle: EU Finanzstatistik

Was möglich ist, wenn in einem integrierten Ansatz Akteure aus Wirtschaft, Verbandsarbeit, Politik und anderen Bereichen einer Region vernetzt werden und Projekte, Investitionen und Entscheidungen aufeinander abgestimmt werden, hat das 2001 ins Leben gerufene Modell- und Demonstrationsvorhaben „REGIONEN AKTIV – Land gestaltet Zukunft“ mit großem Erfolg bewiesen (s. auch Kapitel 2.1.4).

Das Konzept wird von der Organisation für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung (OECD) in ihrem Bericht⁴ als ein besonders gutes Beispiel für ländliche Entwicklungsstrategien bewertet, während die deutsche Regionalpolitik ansonsten mit der Bewertung „**nicht zeitgemäß**“ versehen wird: Die Regionalpolitik beruhe auf wissenschaftlichen Argumentationen aus den 1970er Jahren. Es werde überwiegend auf die Produktion von Exportgütern gesetzt und die überwiegende Anzahl der mittleren Unternehmen in den Bereichen Handwerk und Dienstleistung habe keinen Anspruch auf Fördermittel – befand der Bericht der OECD.

1.3.2.2 Ökolandbau – am Markt vorbei!

Ein Teil der Agrarproduktion ist offensichtlich vom Anspruch an „Planungssicherheit“ (s. Kapitel 1.3.2.1) ausgenommen.

Unterstützt von Bundesminister Horst Seehofer hatten viele Bundesländer die Fördergelder für Ökolandwirte ausgesetzt. Öko-Betriebe mussten ab 2007 auf bis zu 40 % ihrer Förderung verzichten. Die drastische Verschlechterung der Wettbewerbsbedingungen schreckt neu am Ökolandbau interessierte Landwirte von der Umstellung ab.

Diese Agrarpolitik überlässt den Öko-Markt allein dem Import. Der Markt für Bio-Lebensmittel in Deutschland boomt seit Jahren, aber seit Amtsantritt der großen Koalition geht diese positive Entwicklung an den deutschen Landwirten vorbei. Der Umsatz mit Öko-Lebensmitteln legte 2007 um 18 % zu, die ökologisch bewirtschaftete Fläche dagegen lediglich um 4,8 %. Deutsche Bio-Produkte werden immer knapper. Es ist in keiner Weise nachvollziehbar und akzeptabel, wie hier die Bedienung eines vorhandenen Marktes mit steigender Nachfrage behindert wird.

1.3.2.3 Gentechnik – das teure Märchen von der Koexistenz...

Erträge und Nachhaltigkeit

Die UN-Welternährungsorganisation FAO wies bereits 2004 darauf hin, dass eine Ertrags- und Gewinnsteigerung durch den Anbau von gentechnisch veränderten Pflanzen wissenschaftlich nicht belegt sei. Daran hat sich bis heute nichts geändert. Auch die Autoren einer von der EU-Kommission in Auftrag gegebenen Übersichtsstudie aus dem Jahr 2007 kommen zu dem ernüchternden Urteil: Die Datenlage hinsichtlich einer Ertragssteigerung durch gentechnisch veränderte Pflanzen sei nicht belastbar. Zu dieser Bewertung kommt auch der UN-Weltagrarrat in seinem Bericht von 2008: Eine Auswertung der bisher vorgelegten Studien über den Anbau gentechnisch veränderter Pflanzen habe gezeigt, dass es in einigen Gebieten Ertragszuwächse, in anderen aber Ertragsrückgänge durch den Anbau von gentechnisch veränderten Pflanzen gab.

Noch weniger gibt es einen Nachweis für die fast gebetsmühlenartig von der Gentechnik-Industrie vorgetragene Behauptung, dass gentechnisch veränderte Pflanzen einen Beitrag zu einer nachhaltigen Entwicklung der Landwirtschaft leisteten. Exemplarisch dafür ist z.B. eine Studie der Biotechnologie-Industrie für Deutschland, die 2007 vom Deutschen Institut für Wirtschaft und dem Fraunhofer-Institut für System- und Innovationsforschung im Auftrag der Deutschen Industrievereinigung Biotechnologie (DIB) erstellt wurde. Laut Ausschreibungstext sollte ursprünglich auch untersucht werden, ob, und wenn ja, wie nachhaltig die Agro-Gentechnik im Vergleich zu anderen Landwirtschaftsformen ist. In der Endfassung der Studie war darüber dann nichts mehr zu lesen.

In ganz Europa lehnen über 70 Prozent der Menschen Gentechnik in Landwirtschaft und Lebensmitteln ab. Dennoch werden gentechnisch veränderte Pflanzen und Nahrungsmittel zugelassen. Die Bäuerinnen und Bauern geraten besonders durch die Patentrechte auf Gen-Saatgut in Abhängigkeit von den Saatgutkonzernen. Seit jeher tauschen Bäuerinnen und Bauern ihr Saatgut aus und bauen es nach. Doch jetzt wird ihnen patentgeschütztes Gen-Saatgut verkauft, das ihr Handeln kriminalisiert. Angesichts der Risiken des Einsatzes der Gentechnologie in der Landwirtschaft, der damit verbundenen Einschränkung des freien Zugangs zu Saatgut, den dadurch forcierten Abhängigkeiten und den vielen kostengünstigen Alternativen, ist es ein Skandal, diese Technologie als Mittel zur Hungerbekämpfung darzustellen.

Koexistenz

Werden genetisch veränderte Pflanzen angebaut, dann ist eine völlige Abschottung kaum möglich: Ihr Pollen wird durch Wind oder Insekten verbreitet. Wenn auf einem

Feld etwa Gen-Mais wächst, kann es sein, dass sein Pollen konventionelle Maispflanzen in der Nachbarschaft befruchtet. Unter natürlichen Bedingungen sind solche Auskreuzungen kaum zu vermeiden. Auch bei der Ernte, bei Transport, Lagerung und Verarbeitung sind Vermischungen, etwa durch Verwehungen oder nicht vollständig gesäuberte Maschinen, nicht mit absoluter Sicherheit zu vermeiden.

Es ist ein völlig unzumutbarer Zustand, der mit Wahlfreiheit nichts zu tun hat, dass die Kosten der Produktion (Beispiel Reinigung s. Tabelle) und des Nachweises der Gentechnikfreiheit zur Zeit allein an diejenigen hängen bleiben, die gentechnikfrei produzieren und verarbeiten möchten, und nicht an denen, die gegen den Willen der meisten Bäuerinnen und Bauern und Verbraucher mit Gentechnik wirtschaften möchten.

Beispiel Reinigungskosten beim Einsatz von Landmaschinen

	Minimalaufwand	Höchstaufwand	Arbeitskosten von – bis	Maschinenkosten von – bis
Sämaschine reinigen	0,25 Stunden	2 Stunden	3,6 – 22 Euro	16,87 – 135 Euro
Mähdrescher reinigen	0,5 Stunden	5 Stunden	5,5 – 55 Euro	180 – 1800
getrennter Abtransport			abhängig von Entfernung zwischen Feld und Lager	nur bei zusätzlichem Traktor und Transportfahrzeug
Summe			9,1 – 77Euro	196,87 – 1935 Euro

Quelle: SCHIMPF, M. (2006): Koexistenz im landwirtschaftlichen Alltag. Bericht zur Verbreitung von gentechnisch verändertem Material durch Landmaschinen. Hg.: ABL Bauernblatt Verlags GmbH, Hamm

1.3.3 Falsche Ausrichtung politischer Rahmenbedingungen ... **Rheinland Pfalz – warum nicht zweimal Geld ausgeben?**

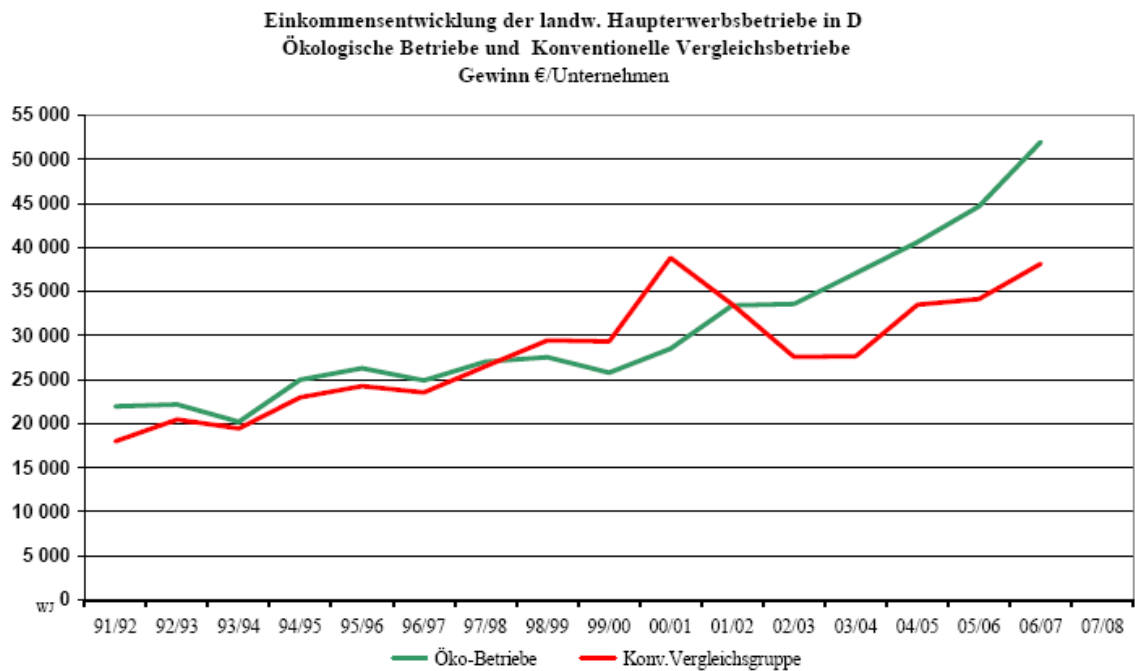
Innerhalb der Grünen Woche Rheinland-Pfalz versprach ein Termin „Forum Ökolandbau“ am 22.10.2008 im Dienstleistungszentrum ländlicher Raum „Einblicke in die Entwicklungsperspektiven Rheinland-Pfalz“ zu geben. Minister Hendrik Hering sah in seiner Begrüßung, wie in seinen jährlich sich wiederholenden Presseerklärungen zum Ökolandbau diesen in Rheinland-Pfalz seit Jahren „boomen“. Diese Aussage muss schon als sehr intensive Form positiven Denkens betrachtet werden, vergleicht man den prozentualen Flächenanteil in RLP (2007: 3,5 %) mit dem von anderen Bundesländern und Deutschland insgesamt: Nur Niedersachsen (2,7 %) und Sachsen (2,9 %) haben weniger prozentuale ÖL-Fläche als RLP; der Bundesdurchschnitt liegt bei 5,1 % (Stand 2007). Dennoch wird die Entwicklung in RLP immer wieder von Minister Hering schöngeredet.

Vor dem Hintergrund eines hohen NaWaRo-Bonus für Energiemais, niedrigen Umstellungs- und Beibehaltungshilfen (letztere sind die niedrigsten in Deutschland) und einer wenig anerkennenden politischen Haltung dem ÖL gegenüber, wird in RLP nicht wirklich Interesse für eine Umstellung geweckt. Noch wichtiger aber ist, dass regionale Wertschöpfungsketten und -netzwerke von der Produktion über die Verarbeitung bis zur Vermarktung nicht konsequent unterstützt und erschlossen werden (Biomolkereien und Schlachthöfe/Metzgereien für die Verarbeitung; Absatz in Schulen und Krankenhäusern). Hier ist in RLP vieles nach wie vor unterentwickelt.

In der rheinland-pfälzischen Agrarpolitik wird bei den Schwerpunkten zur Achse 1 *Steigerung der Wettbewerbsfähigkeit von Land- und Forstwirtschaft* nach wie vor mit dem Schwerpunkten Investitionsförderung und Ausbau der Infrastruktur (u.a. Flurbereinigung) voll auf das Rationalisierungs- und Wachstumskonzept gesetzt. Vielfalt, qualitatives Lebensmittelhandwerk und regionaler Absatz kommen nur rhetorisch zur Geltung.

Im Programm „Agrarwirtschaft, Umweltmaßnahmen, Landentwicklung“ (PAUL) wird dem Ökolandbau ein Platz im Kapitel *Umwelt und Landschaft*, Unterkapitel *Biodiversität* eingeräumt. Er steht nicht etwa im Kapitel *Land-, Forst-, und Ernährungswirtschaft*, Unterkapitel *Landwirtschaft*. Das zeigt den eher dekorativen Blümchencharakter, der dem Ökolandbau vom Ministerium zugebilligt wird. Dieser repräsentiert nicht ein Leitbild für die gesamte Landwirtschaft, sondern ist quasi eine Naturschutzmaßnahme unter vielen. Dies wird dem ökologischen Landbau – abgesehen von seinem Potential der Ressourcenschonung - nicht gerecht, denn wenn es darum geht, „wettbewerbsfähige Betriebe“ zu fördern – wie in Achse 1 angepeilt und so oft vom Ministerium betont -, gebührt dem ökologischen Landbau besondere Aufmerksamkeit. Seit 2002 liegen sowohl Ge-

winn plus Personalaufwand/AK als auch Gewinn/Unternehmen in Gesamtdeutschland höher als im konventionellen Landbau (s. Grafik unten und Tabelle Kapitel 2.1.3).



Quelle: BMELV

Die Achsen 2 *Verbesserung der Umwelt und der Landschaft* und 3 *Steigerung der Lebensqualität im ländlichen Raum und Diversifizierung der Wirtschaft* liefert ein vernünftig geförderter Ökolandbau – zumindest teilweise – gleich mit.

Gerade die kleinteilige Landwirtschaft in RLP, die ein Ergebnis der naturräumlichen Gegebenheiten ist, trägt in besonderem Maße zur Erreichung der Ziele der 2. Achse bei.

Es macht keinen Sinn, einerseits die Flächenbereinigung und Intensivierung der Landwirtschaft zu fördern, um dann die negativen Auswirkungen dieser Praxis mit hübschen Naturschutzprogrammen und Programmen zur Förderung traditioneller Anbaumethoden wieder zu reparieren (was sich letztendlich nur als ein Kaschieren herausstellt).

Hier wird zweimal Geld ausgegeben: Einmal für „Schmutz“- und einmal für Schutzgebiete. Von einem effizienten Mitteleinsatz durch Kongruenz- und Synergieeffekte einer stimmigen Agrarpolitik ist diese Praxis weit entfernt.

Rheinland-Pfalz sollte sich mehr auf die Produktion von Spezialitäten, auf Regionalität und die steigende Nachfrage im Qualitäts- und Ökobereich konzentrieren – wie es die Eifel-Marke vormacht. Dies gilt besonders für Milch, Fleisch, Gemüse, Obst und Wein. *„Masse für den Weltmarkt produzieren“* – so betonte auch Prof. Hamm von der Universität Kassel, Fachgebiet Agrar- und Lebensmittelmarketing, in seinem Vortrag über die Perspektiven des Ökolandbaus in RLP beim oben erwähnten „Forum Ökolandbau“ - *„können andere billiger und besser!“*.

2 AbL - Moderne Interessenvertretung für Landwirte

In der **Arbeitsgemeinschaft bäuerliche Landwirtschaft (AbL)** – aktiv seit 1973, vertreten wir die Interessen von Bäuerinnen und Bauern, die sozial gerecht, ökologisch nachhaltig und qualitativ hochwertig in, für und mit ihren Regionen produzieren möchten.

Kein Betrieb gleicht dem anderen. In der betrieblichen Vielfalt spiegelt sich das kleinteilige Mosaik der Standorte wie auch der individuelle Umgang jedes einzelnen Betriebes und seiner Mitarbeiter damit wieder. Wir meinen: Das ist keine zu überwindende Rückständigkeit, sondern bedeutet standortangepasstes und umweltverträgliches Wirtschaften. Mit sturer Wachstumslogik und Vereinheitlichung können wir die Herausforderungen der Zukunft nicht meistern.

Wir stehen für eine moderne, flexible und vielfältige Form der Flächenbewirtschaftung, Vermarktung, Produktentwicklung, Aus- und Fortbildung in der Landwirtschaft.

Wir stellen uns der Verantwortung und suchen den offenen und konstruktiven Austausch mit unseren Nachbarn, mit den Verbrauchern und Verbraucherinnen in den Städten und Dörfern, mit den Medien und mit der Politik.

AbL-Mitglieder haben volles Stimmrecht bei der Bundes – und Landeshauptversammlung, es gibt also kein Delegiertenprinzip. So kann Jede und Jeder Einfluss auf die Entscheidungen des Bundes - und Landesverbandes nehmen.

Unser Organ, die *unabhängige bauernstimme*[©], informiert aus bäuerlicher Perspektive fachlich fundiert, kritisch und aktuell über Wissenswertes aus Praxis, Politik und Wissenschaft.

Im Folgenden haben wir einige unserer Leitbilder beschrieben.

2.1 Leitbilder

2.1.1 Für eine flächendeckende nachhaltige Landwirtschaft

Eine flächendeckende Bewirtschaftung der landwirtschaftlichen Flächen ist ein vorrangiges Ziel, aber mit den derzeitigen Mitteln der Landwirtschaftspolitik nicht zu erreichen. Die Mehrzahl der Betriebe ist am so genannten „Weltmarkt“ nicht erfolgreich, weil

[©] zu bestellen über Fax: 02381-492221 oder verlag@bauernstimme.de

ein Weltmarktpreis, gemessen an unseren Sozial- und Umweltstandards, nicht kostendeckend ist (s. auch Kapitel 1.2.2). Dies wird sich auch in Zukunft nicht wesentlich verändern. Darüber hinaus ist „der Weltmarkt“ äußerst instabil im Preisgefüge und erfordert daher vom einzelnen Betrieb Rücklagen an finanziellen Mitteln, die in den letzten 10-15 Jahren in vielen Fällen nicht erarbeitet werden konnten.

Flächendeckende Bewirtschaftung muss aber auch aus gesellschaftspolitischer Sicht ein vorrangiges Ziel der Landwirtschaftspolitik des Landes werden. Nur bewirtschaftete Flächen bieten auch Vorteile für eine touristische Entwicklung der Region. Flächendeckende Bewirtschaftung sichert größeren Teilen der ländlichen Bevölkerung den Verbleib in den „ländlichen Räumen“. Sie fördert und erhält die schon jetzt „schwache Infrastruktur“, erhält nachgelagerte Wirtschaftsbereiche und sichert die Kultur der ländlichen Räume. Eine flächendeckende Bewirtschaftung dient langfristigen ökologischen Zielen und dem guten Erhaltungszustand der naturräumlichen Eigenarten. Diese Ziele werden auch im rheinland-pfälzischen Programm „Agrarwirtschaft, Umweltmaßnahmen, Landentwicklung“ (PAUL) immer wieder genannt. Sie sind mit einer in erster Linie auf Betriebswachstum und Flurbereinigung ausgelegten Förderpolitik aber nicht zu erreichen (s. Kapitel 1.3.3).

Der Erhalt der bewirtschafteten Fläche sichert die Versorgung mit Nahrungsmitteln aus regionaler Erzeugung, garantiert Frische und damit auch Qualität. Eine möglichst regionale Weiterverarbeitung und Vermarktung sorgt für Arbeit und verbessert die Wertschöpfung vor Ort.

Insgesamt streben wir eine nachhaltige Bewirtschaftung der Flächen an, die dem klassischen Begriff „Agrarkultur“ entspricht. Dies heißt, wir entnehmen weniger als maximal möglich und verbessern den Erhaltungszustand der Flächen für die nachfolgenden Generationen.

Gute regionale Produktion von Nahrungsmitteln, kurze Wege vom Erzeuger zum Handel oder Verbraucher sowie kurze Verteilwege an Handel und Verbraucher garantieren einen „Mehr – Wert“ für beide Seiten: Produzenten und Verbraucher.

Eine gute Ernährungslage der Bevölkerung schont weiterhin letztlich die Kassen des Gesundheitswesens. In der Praxis ist allen Teilen der Bevölkerung eine gesunde, bezahlbare Ernährung zu ermöglichen. Das bedeutet, dass in gewissen Bereichen „Unterstützung“ gewährt werden muss. In der Gesamtbetrachtung - Ausgaben und Einsparungen - kann sich dies in jedem Fall rechnen.

Wir definieren die Gleichwertigkeit von Arbeit, Mensch, Kapital und ökologischer Vielfalt als die Basis einer modernen Landwirtschaft, aber auch Spezialisierung und die Aufnahme nicht landwirtschaftliche Tätigkeiten, zum Beispiel im Bereich Tourismus.

2.1.1.1 Umwelt- und Tiergerechtigkeit

Eine vielfältige Bewirtschaftung sichert den Boden, die Wasserqualität und Lebensräume für Pflanzen und Tiere. In der Folge dieser Betrachtungen gibt es ohne intakte ländliche Räume auch keine funktionierenden Verdichtungsräume, die auf die ländlichen Erholungsräume angewiesen sind, und keinen Erhalt der kulturellen Vielfalt.

Die Prinzipien einer umwelt- und tierverträglichen Landwirtschaft sollten sein:

- *Erhaltung und Steigerung der Bodenfruchtbarkeit als Produktionsbasis*
- *Nutzung natürlicher Regelmechanismen im Agrarökosystem*
- *Weitestgehende Schonung natürlicher Ressourcen*
- *Minimaler Einsatz von Pestiziden*
- *Energieeffiziente Produktion*
- *Flächengebundene Tierhaltung*
- *Berücksichtigung ethischer Gesichtspunkte und tierartsspezifischer Bedürfnisse in der Tierhaltung*
- *Erzeugung hochwertiger und gesunder Lebensmittel ggf. unter bewusstem Verzicht auf Höchstserträge*

Die nach heutigem Kenntnisstand umweltverträglichste und energieeffizienteste Bewirtschaftungsform, der ökologische Landbau, muss in Zukunft konsequent als Leitbild der Agrarproduktion gelten. Dafür muss die Umstellung auf ökologischen Landbau deutlich erleichtert werden.

Eine art- oder tiergerechte Haltung unserer Nutztiere ist das Gegenteil einer von der Fläche gelösten Intensivtierhaltung. Sie ist an den Grundbedürfnissen der Tiere nach Bewegung, Tageslicht, frischer Luft, artgemäßer Fütterung und Sozialverhalten ausgerichtet. Sie ist ein aktiver Beitrag zur Tiergesundheit und beugt nicht nur Krankheiten und Leid vor, sondern minimiert auch den Einsatz von Medikamenten.

Ein tiergerechter Umgang mit unseren Nutztieren umfasst auch eine darauf abgestimmte Zucht sowie die Beachtung des Tierschutzes bei Transport und Schlachtung. Insbesondere wird auf Manipulationen am Tier wie dem Kupieren von Schnäbeln bei Geflügel und Schwänzen bei Schweinen verzichtet. Nicht die Tiere werden den Ställen, sondern die Haltungsbedingungen den Tieren angepasst (s. Beispiel Neuland).

Beispiel NEULAND

Das Programm NEULAND hat mit den Neuland-Kriterien gesellschaftliche Eckpunkte einer tiergerechten Haltung gesetzt: Strohhaltung, Tageslicht im Stall, Weidehaltung bzw. Auslauf, keine antibiotischen Leistungsförderer, keine gentechnisch veränderten Organismen (inkl. Futtermittel), heimische Futtermittel, schonender Transport und Schlachtung, ein ausgewogenes Tier-Flächenverhältnis. In einigen Bundesländern hat es seit über 10 Jahren Akzeptanz in der landwirtschaftlichen Praxis, in der Verbraucherschaft und im Markt erlangt. Es hat einer Reihe von bäuerlichen Betrieben die Existenzgrundlage eröffnet und gesichert.

2.1.1.2 Energieeffizienz und Klimaschutz

Die Landwirtschaft war 2006 mit 133 Millionen Tonnen CO₂-Äquivalenten an der Produktion von Treibhausgasen beteiligt, das entspricht 13,3 % der Gesamtemissionen. Darin sind Vorleistungen beispielsweise aus der Energiebereitstellung und der Herstellung von Mineraldüngern eingerechnet (s. Kapitel 1.1).

Energieeffizienz⁵

Mehrere Studien gehen davon aus, dass Energiesparen (= Energieverbrauch vermeiden) und Effizienzsteigerung (= Energieverbrauch pro Einheit Arbeitsleistung senken) nach wie vor die wichtigsten „Energiequellen“ darstellen. Viele nebeneinander praktizierte Formen des Energiesparens und der Steigerung der Effizienz können unter Umständen vor Ort den CO₂-Ausstoß effektiver vermindern als die Produktion von Energie aus Biomasse, Wind, Sonne oder Wasser. Am größten ist das Energieeinsparpotential bei Wohn- und Stallgebäuden. 50-70 Prozent der Heizenergie entweichen in Deutschland durch schlecht isolierte Wände, Dächer und Fenster.

Massentierhaltung ist – abgesehen vom Tierschutzaspekt – aus dem Blickwinkel des Klimaschutzes und der Welternährung kritisch zu sehen, da für jede tierische Kalorie bis zu 14 pflanzliche Kalorien verfüttert werden müssen. Für den Anbau der Futtermittel werden in den Entwicklungsländern Regenwälder gerodet und Soja auf Flächen angebaut

die der Ernährung der einheimischen Bevölkerung nicht mehr zur Verfügung stehen. Massentierhaltung ist demnach nicht nur eine ethisch bedenkliche, sondern auch eine unter Klimaschutz-Gesichtspunkten ineffiziente Methode, Nahrungsmittel herzustellen. Für eine deutlich klimaschonendere Ernährung der einheimischen Nutztiere sollte der einheimische Leguminosenanbau eine stärkere Förderung erfahren.

Die Produktion eigener Düngemittel über die N-Fixierung von Leguminosen sowie die Verminderung des Kraftstoffbedarfs bei der Bodenbearbeitung (bzw. des Bedarfs an Grundbodenbearbeitung überhaupt) durch die Nutzung der Wurzellockerung von Leguminosen-Zwischenfruchtgemengen oder erweiterte Fruchtfolgen beinhalten ebenfalls ein großes Energiesparpotential. Zusätzlich verbessern diese Maßnahmen noch Humusgehalt, Bodenstruktur, Nährstoffaustauschkapazität, Wasserhaushalt und Artenvielfalt im landwirtschaftlichen System.

Mit der Vollweide (von März bis November) als System kann ebenfalls erheblich Energie für Futterbereitstellung und Düngung gespart werden.

Ein energiesparsam wirtschaftender Betrieb mit wenig oder keiner Energieerzeugung ist einem Betrieb, der mit verschiedenen Techniken Energieerzeugung betreibt, was die Energieeffizienz angeht, nicht unbedingt unterlegen – im Gegenteil.

Biomasse ist nicht gleich Biomasse

Die Produktion von Biomasse verspricht einerseits eine CO₂-neutrale Energienutzung und andererseits eine interessante Möglichkeit der Einkommensdiversifizierung⁶. Bei der Betrachtung der Umweltverträglichkeit des Energiepflanzenanbaus spielt es aber eine erhebliche Rolle, welche Pflanzen in welchen Fruchtfolgen angebaut werden und wie intensiv Anbau und Verarbeitung bis zur Nutzung sind.

Schon seit 2004 empfiehlt die Europäische Energieagentur den Anbau von Biomasse für die Kraftstoffproduktion nicht mehr⁷. Sowohl die Organisation für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung (OECD), als auch die Europäische Energie Agentur (EEA) merkten in verschiedenen Studien 2007 an, dass der Energieeinsatz zur Herstellung von Mineraldünger und die berechneten Lachgasemissionen^d eine Produktion von Biomasse zur Kraftstoffproduktion eher klimaschädlich erscheinen lassen⁸. In Deutschland

^d Lachgas ist 300 mal klimawirksamer als CO₂ und stammt in Europa überwiegend aus der Mineraldüngung.

spricht sich das Sondergutachten des Sachverständigenrates für Umweltfragen „Klimaschutz durch Biomasse“ in der gleichen Richtung aus.

Der Querschnitt durch die im Internet zugänglichen Forschungsthemen zeigt jedoch nach wie vor eine starke Konzentration auf die Kraftstoffproduktion. Bei der Biogasforschung, dem weitaus größten Anteil der Forschungsprojekte, fehlt eine Berücksichtigung der Qualität der Gärreste unter hygienischen Gesichtspunkten und im Hinblick auf einen ausgewogenen Humushaushalt. CO₂- und Energiebilanzen spielen eine eindeutig zu geringe Rolle in der aktuellen Forschung. Von dem Versuch, Gesamt-Ökobilanzen anzugehen, ist in den recherchierten Projekten weit und breit nichts zu sehen⁹.

Grundsätzlich können Nahrungsmittel und nachwachsende Rohstoffe sowohl umweltschädlich als auch nachhaltig angebaut werden.

Wir brauchen in Zukunft mehr Forschung für einen nachhaltigen Anbau, ob nun für Energiepflanzen oder für Nahrungsmittel. Darüber hinaus müssen deutlich größere Anstrengungen gemacht werden, das Wissen über nachhaltige, effiziente Anbaumethoden, die die Bodenfunktionen nicht beeinträchtigen, auch über Aus- und Fortbildung sowie Beratung in die Praxis zu bringen, da die Landwirtschaft selber Betroffener der Klimaveränderung ist.

Im Zuge des Klimawandels ist bei uns in Mitteleuropa vermehrt mit Extremregenfällen, und damit Erosion und Hochwassergefahr andererseits, aber auch mit Dürreperioden zu rechnen. Schon heute können unsere Böden diese Extremereignisse aufgrund von Verdichtung oft nicht mehr kompensieren (s. Kapitel 1.1). Hier darf ein intensiver Biomasseanbau nicht zu noch mehr Humusverlust führen.

Wer profitiert an der Biomasse?

Ackern und pflügen muss der Bauer alleine. Wenn es aber ans Ernten geht, finden sich viele, die profitieren möchten. Das scheint bei der Biogasproduktion nicht anders zu sein. Hier stehen wir an einem Scheideweg. Für die Zukunft muss sichergestellt werden, dass die Wertschöpfung der Biogasproduktion auch in der Hand von Landwirten oder zumindest in der Region bleibt. Und dass für die Biogasproduktion nicht in erster Linie Maismonokulturen, sondern Reststoffe wie Gülle genutzt werden (der Güllebonus im neuen Erneuerbare-Energien-Gesetz (EEG) ist daher positiv zu beurteilen). Der im EEG festgeschriebene Staffelpreis ist bisher bei Anlagen kleiner und mittlerer Leistung höher als bei Großprojekten. Darüber hinaus haben bäuerliche Anlagen gute Möglichkeiten der gleichzeitigen Wärmenutzung, vor allem, wenn sie viehhaltend sind. In den kom-

menden Jahren muss es gelingen, Landwirte zu den Nutznießern der Biogasproduktion zu machen. Bauern und Bäuerinnen dürfen sich nicht dafür einspannen lassen, dass Großkonzerne auf Kosten der Landwirtschaft ihre Kassen füllen und Bauern zu Rohstofflieferanten machen. Bäuerinnen und Bauern, die Anlieferer für Biogasanlagen sind, sollten besonders gut auf Gewinnbeteiligungen und Preisgestaltungen der Verträge achten.

2.1.1.3 Patente und GVO

Gentechnik, Patente auf Pflanzen und Tiere lehnen wir ab. Weniger als zehn Konzerne aus den Industrieländern dominieren heute den Weltmarkt für Saatgut und Pestizide. Über die Patentierung von (Gentechnik-) Pflanzen und Tieren erlangen privatwirtschaftliche Konzerne die Kontrolle über die weltweite Nahrungsmittelerzeugung. Damit wird die gemeinsame Grundlage des Lebens, die niemand erfinden oder technisch herstellen kann, zu privatem „geistigen“ Eigentum. Landwirte dürfen Pflanzen nur als Lizenznehmer nutzen. In der EU wurden bereits fast 600 Patente auf genmanipulierte Pflanzen erteilt, weltweit ist es ein Vielfaches. Seit Jahrtausenden säen Bäuerinnen und Bauern einen Teil ihrer Ernte wieder aus oder tauschen Saatgut mit anderen. Patente auf Pflanzen machen diese bäuerliche Tradition zu einer kriminellen Tat. In diesem Zusammenhang vertreten wir auch beim Thema *Nachbaugebühren* seit Jahren erfolgreich die Interessen unserer Betriebe.

Der ehemalige Landwirtschaftsminister Seehofer hatte hier ein doppeltes Spiel gespielt. Einerseits hat er so getan, als setze er sich in Brüssel für den Schutz gentechnikfreier Regionen ein. Andererseits hat er die Forderungen der Futtermittelindustrie und des Bauernverbandes unterstützt, in der EU die zum Schutz der Bevölkerung wichtige Nulltoleranz für nicht zugelassene Gentech-Produkte auszuhebeln. Zuerst hat die Agro-Gentechnik-Industrie in den vergangenen Jahren nicht zugelassene Gentech-Produkte illegal in die EU importiert, jetzt soll dieser Missstand auf Kosten von Verbraucherinnen, Verbrauchern und Landwirten in den gentechnikfreien Regionen legalisiert werden. Hier wurden seitens des DBV "Horrorszenarien" gemalt, wonach schon ab 2009 eine Futtermittelknappheit drohe, wenn nicht die Nulltoleranz für Verunreinigungen mit in der EU nicht zugelassener Gentech-Soja aufgehoben werden würde.

Dass diese Behauptungen aus der Luft gegriffen sind, hat die Antwort der Bundesregierung auf eine Kleine Anfrage von Bündnis90/Die Grünen im Bundestag gezeigt. Danach werden in den für die EU wichtigen Sojaimportländern Argentinien und Brasilien über-

hauptsächlich nur Gentech-Sorten angebaut, die bereits in der EU zugelassen sind. Auch Vermehrungsanbau mit neuen Gentech-Sojasorten findet dort nicht statt. Einzig in den USA werden – neben einer bereits seit über zehn Jahren für den Import in die EU zugelassenen Gentech-Sojasorte - drei neue Gentech-Sojasorten angebaut.

Gründe für die Verteuerung von Futtermitteln sind nicht das EU-Zulassungsverfahren, sondern vor allem die hohe weltweit Nachfrage nach Nahrungsmitteln, die wachsende Rolle der Energiepflanzen und die steigenden Transportkosten.

Die Forderung des DBV, die Einfuhr von Futtermitteln zuzulassen, die mit ungenehmigten gentechnisch veränderten Organismen (GVO) kontaminiert sind, ist eine Kampfansage an die Bäuerinnen und Bauern sowie die Verbraucherinnen und Verbraucher, die in ihrer großen Mehrheit keine GVO in den Futter- und Lebensmitteln wollen.

In Südamerika gibt es genügend Produzenten von gentechnikfreiem Soja. Die Gefahr eines Engpasses von Futtermitteln aufgrund zu strenger Regeln zur GVO-Freiheit bestand nie. Wir fordern die strenge Anwendung der Nulltoleranz für ungenehmigte GVO-Verunreinigungen bei der Einfuhr von Futtermitteln, sowie eine konsequente Förderung des einheimischen Leguminosenanbaus durch die Länderprogramme (Beratung/Agrarumweltprogramme) für die Produktion GVO-freier Futtermittel.

2.1.2 Für eine gerechte transparente Agrarförderung

Mit der Annahme der überarbeiteten Haushaltsordnung am 13. Dezember 2006 hat sich die EU zu vollständiger Transparenz in Bezug auf die Empfänger von Geldern aus dem EU-Haushalt verpflichtet (Transparenzinitiative). Ab 2008 werden die Daten der Empfänger von Zuschüssen aus den Strukturfonds, ab 2009 die Daten der Empfänger von Geldern im Rahmen der gemeinsamen Agrarpolitik veröffentlicht werden.

Deutschland hat sich bisher gegen eine Veröffentlichung gesperrt. In Deutschland fließen jährlich fünf Milliarden Euro als Direktzahlungen an landwirtschaftliche Betriebe. Wie viele Arbeitskräfte auf einem Betrieb beschäftigt sind, wie umweltfreundlich die Produktion ist oder wie sehr sie zum Kulturlandschaftserhalt beiträgt, ist völlig unerheblich für den Erhalt der Zahlungen.

Da die Berechnungsgrundlage ausschließlich die Fläche ist, kommen die Subventionen vor allem Großbetrieben zu Gute, die eine industrialisierte und rationalisierte Landwirtschaft auf großer Fläche betreiben. 0,5 % der Betriebe erhalten in Deutschland ein Fünftel der Subventionen in Höhe von jeweils mehr als 300.000 Euro. Dagegen bekommen

die Hälfte der Höfe in Deutschland im Schnitt weniger als 5.000 Euro Subventionen im Jahr (s. auch Kapitel 1.3.2.1). Gerade diese kleineren Betriebe sind es, die eine vielfältige Kulturlandschaft erhalten und Arbeitsplätze bieten.

Die Bundesministerien schlagen vor, nur den Namen des Empfängers, Maßnahmen und Summen der öffentlichen Gelder (EU und national) zu veröffentlichen. Damit verhindert man nicht, sondern entfacht die viel zitierte „Neiddebatte“. Zahlenreihen reißen die Fördersummen aus ihrem Kontext, es ist nicht ersichtlich, in welchem Verhältnis die Summen stehen. Sind es große oder kleine Betriebe, sind auf dem Betrieb viele AK beschäftigt oder wenige, ist es ein durchrationalisierter Betrieb oder ein ökologischer Betrieb? Nur wenn weitergehende Informationen bekannt sind, ist eine Bewertung im Hinblick auf soziale und ökologische Kriterien möglich. Transparenz sollte vor allem in den Dienst einer gesellschaftlichen Diskussion über die sinnvolle Vergabe von Steuermitteln gestellt werden.

Unsere Forderung lautet: Mehr statt weniger Transparenz:

- Die Veröffentlichung der Namen der Begünstigten, den Zweck der öffentlichen Förderung sowie deren Summe. Die Transparenzpflicht darf nicht durch Schwellenwerte eingeschränkt werden.
- Die Veröffentlichung weitergehender Angaben, die den Bürger/innen eine Beurteilung der Subventionen nach sozialen, ökologischen und Tierschutz-Kriterien erlauben. Hierzu zählen die Größe der Betriebe, die Zahl der Beschäftigten, die Art des Betriebes sowie besondere Leistungen im Natur- und Umweltschutz. Bei Tierhaltung müssen auch Bestandsgröße und Haltungsform der Tiere angegeben werden.

2.1.3 Für einen attraktiven grünen Beruf mit gutem Einkommen

2.1.3.1 Substanz der Betriebe

Das vorliegende statistische Material sagt uns, nur in 20 % der Betriebe ist die Hofnachsfolge gesichert (Daten für RLP). Die Erlöse in der Landwirtschaft sind, trotz gestiegener Erzeugerpreise in 2007 im langfristigen Trend, was das Realergebnis betrifft, weiter rückläufig. Die Einkommen in der Landwirtschaft erreichen weder für abhängige Arbeitnehmer, noch für die meisten Betriebe eine akzeptable Höhe. Andererseits lasten auf

den Betriebsinhabern enorme Kredite, die den Durchschnitt in der gewerblichen Wirtschaft im Verhältnis weit überschreiten. Enorme Kostensteigerungen im Bereich Energie, Maschinen, Düngung, Pflanzenschutz haben die Mehrerlöse mehr als „aufgefressen“. Eine Entwicklung, die oft erst nach ein oder zwei Generationen deutlich wird und den Weg „zurück an den Markt“ oft unmöglich macht.

Dies bedeutet, dass weiterhin aus der „Substanz“ der Betriebe gewirtschaftet wird und eine Schwächung des gesamten Wirtschaftszweiges erfolgt (s. Tabelle). Die sich in Ausbildung befindlichen Kräfte sind weiter rückläufig und können den Bedarf der Betriebe nicht decken. Gut ausgebildete Kräfte oder Hochschulabsolventen können sich keine Betriebsnachfolge vorstellen, weil

- a. die Preise für Grund und Boden und Maschinen nicht über Kredite abgedeckt werden können,
- b. die Erlöse aus der landwirtschaftlichen Produktion nicht den erforderlichen Deckungsbeitrag erbringen.

Kapitalbildung in den rheinland-pfälzischen HE-Testbetrieben in Euro (2004/2005)

Landwirtschaft							
	Futterbau	Ackerbau	Veredlung	Verbund	Dauerkultur	alle	Öko Ø
Unternehmensergebnis	32.216	33.219	55.431	42.342	40.408	35.669	35.720
- Entnahmen	40.715	43.232	35.567	38.747	43.953	40.719	38.225
+ Einlagen	10.806	14.083	7.903	10.613	13.381	11.541	9.761
~ Kapitalbildung	2.307	4.070	27.767	14.208	9.836	6.491	7.256

Quelle: Testbuchführung Rheinland-Pfalz; identische Haupterwerbsbetriebe

Werden diese Ergebnisse mit der Kapitalbildung verglichen, die im Durchschnitt mind. 7.500 Euro erreichen sollte, so liegen Ackerbau- und v.a. Futterbaubetriebe unterhalb dieser Größe. Bis auf Veredlungs-, Verbund- und Dauerkulturbetriebe konnten die Unternehmen nicht ausreichend Kapital bilden, um einerseits die Betriebe über Wachstumsinvestitionen in ihrer Substanz zu erhalten und andererseits Vorsorge für die Geldentwertung zu treffen.

Wenn wir für unsere Betriebe - und die Landwirtschaft insgesamt - die in Kapitel 2.1.1 beschriebenen Maßstäbe ansetzen, ist die Wirtschaftsweise des Werterhaltes und der Wertverbesserung durch entsprechende Honorierung abzusichern. In diesem Zusammenhang spricht nichts gegen eine Orientierung am Markt und betriebswirtschaftlicher Zielgebung.

Aber: Nur kontinuierlich steigende Preise für die Erzeuger können hier zu Einkommen führen, welche den Einkommen des Handwerks und der gewerblichen Wirtschaft entsprechen. Dies wird nur durch entsprechend zielgerichtete regulierende Maßnahmen - von der EU – Ebene bis zu den Bundesländern - möglich sein. Nur durch „Anpassung“ der Rohstoffwerte kann eine flächendeckende Landwirtschaft erhalten werden.

Darüber hinaus muss der „Mehr – Wert“, der durch ein angepasstes, umwelt – und ressourcenschonendes Handeln der Landwirtschaft für die Gesellschaft entsteht, falls er keinen Marktwert zugestanden bekommt, anderweitig von der Gesellschaft ausgeglichen werden. Um hier ein gesichertes System zu erhalten, sind entsprechende Daten und Grundlagen einzelbetrieblich zu erfassen, in ein Bewertungssystem einzuordnen und unabhängig zu kontrollieren.

2.1.3.2 Arbeitsbelastung

Die Arbeitsbelastungen in der Landwirtschaft haben sich zwar zunehmend von der körperlichen zur geistigen Belastung verlagert, was zunächst als Arbeitserleichterung zu sehen ist. Mit dem fortlaufenden Größenwachstum der Produktionseinheiten überschreitet die Arbeitsbelastung aber auf vielen Betrieben zunehmend die erträglichen Grenzen und bringt eine Reihe von negativen Folgen mit sich (besonders krass ist dies in der Milchproduktion zu beobachten, s. Kapitel 2.1.3.3). Die hohen Arbeitskosten zwingen zum Einsatz von immer größeren Maschinen und zu deren Auslastung auf großen Flächen in langen Arbeitszeiten.

Zu einer modernen, zukunftsfähigen Landwirtschaft gehört es aus unserer Sicht, dass die Arbeitszeit ein angemessenes Quantum an Freizeit und Erholung ermöglicht. Es muss Zeit bleiben für Familie, Partner, Urlaub und sonstige Aktivitäten.

Besonders bei der Entwicklung eigener regionaler Vermarktungswege oder neuer Betriebszweige ist Eigeninitiative und Flexibilität gefragt. Was dabei Berücksichtigung finden muss, ist die unbezahlte Arbeitsbelastung, die so eine Neuausrichtung mit sich bringt. Oft ergibt sich z.B. durch die Direktvermarktung sozusagen eine "Real-

Ausbeutung" der vorhandenen Arbeitskräfte auf den Höfen (bei Familien oft der Frauen oder Altenteiler). Was dort pro AK geleistet wird, steht zu dem erlangten Mehr-Einkommen verglichen mit anderen Wirtschaftssektoren oft in keinem vernünftigen Verhältnis von Arbeitszeit und Wertschöpfung und es verringert die Aussicht auf Erholungsphasen noch mehr. Das ist bei aller erwünschten Regionalentwicklung und Diversifizierung auf Dauer für die Arbeitskräfte auf den Höfen nicht nachhaltig. Wir wollen uns daher neben der Forderung nach angemessenen Preisen auch verstärkt für das Modell „Betriebskooperation“ einsetzen (s. auch Kapitel 2.1.3.4).

2.1.3.3 Milch

Das Produkt Milch verbinden Verbraucherinnen und Verbraucher wie kaum ein anderes Lebensmittel mit bäuerlicher Landwirtschaft, artgerechter Tierhaltung und Qualitätsproduktion. Ohne die entsprechenden politischen Rahmenbedingungen gibt es aber für eine solche Produktion und die überwiegende Mehrzahl der Betriebe keine Zukunftsperspektive.

Milchzahlungspreise der Molkereien von teilweise unter 30 Cent/Liter in den letzten Jahren machen es den Milch-Bäuerinnen und Bauern unmöglich, eine kostendeckende Produktion zu fahren. Dabei sind viele Molkereien in Deutschland Genossenschaften. Das heißt, sie gehören zu 90 % den Milch-Bäuerinnen und Bauern. Wenn die Molkereien den Bauern gehören, muss auch mal selbstkritisch gefragt werden: Welche Verträge haben viele Bauern da unterschrieben? Wäre Solidarität miteinander nicht besser gewesen, als sich in ewiger Konkurrenz gegeneinander ausspielen zu lassen?

Während die Milchpreise auf einem unakzeptablen Niveau standen, hat sich der Deutsche Bauernverband (DBV) entgegen der Interessen vieler Milch-Bäuerinnen und -Bauern beim Bauerntag 2008 für eine Abschaffung der Milchquoten und gegen jedwede Mengenregulierung bei der Milch ausgesprochen. Er vertritt damit die Interessen der deutschen Milchwirtschaft, die auf dem Weltmarkt expandieren möchte (s. Kapitel 1.2.2).

Während des Milchstreiks 2008 haben viele Milch-Bäuerinnen und -Bauern ihre Ziele solidarisch und gegen den Deutschen Bauernverband (DBV) formuliert und mutig gegenüber der Politik, wo dem zunächst zugestimmt wurde. Ende Oktober 2008 wurden die Länderagrarminister (bis auf Bayern und Hessen) dann wortbrüchig. Der Bundesrat zog mit seiner katastrophalen Entscheidung im November nach. Er lehnte alle vom BDM geforderten mengenwirksamen Maßnahmen ab. Der Health Check (Gesundheits-

Prüfung) der EU-Agrarpolitik folgte dieser fatalen Entscheidung u.A. auf deutschen Druck hin Ende 2008. Statt um billige Massenerzeugung für den Weltmarkt geht es den Milch-Bäuerinnen und -Bauern um faire Preise, Qualität, Verbraucherorientierung und Solidarität. Diese Forderungen vertritt die Arbeitsgemeinschaft bäuerliche Landwirtschaft schon seit vielen Jahren – nicht nur beim Thema Milch. Der Milchmarkt braucht ein in sich schlüssiges Konzept, in dem eine hochwertige Milchproduktion umweltgerecht, bedarfsgerecht und fair geregelt ist. Daran arbeiten wir.

2.1.3.4 Moderne Zusammenarbeit statt Wachstum und Arbeitsbelastung

Aufgrund des bisher verfolgten Wachstumsmodells sind Landwirte bisher Gegner, nicht Mitstreiter. Nachbarn müssen, um wachsen zu können, um (Pacht-)Flächen und Quoten konkurrieren (s. auch Kapitel 1.2.2). Dies führt dazu, dass z.B. eine Möglichkeit, größere Einheiten zu schaffen in der Praxis fast nicht zu realisieren ist: Die Vollfusion zweier oder mehrerer Betriebe. Neben den emotionalen Widerständen (s.o.) sind viele rechtliche und finanzielle Dinge zu beachten. Eine Rückabwicklung einer Fusion ist schwierig.

Würde man vom Wachstumsmodell abgehen, welches entgegen immer wiederkehrender Behauptungen nicht zwingend zu mehr Gewinn und Stabilität der Betriebe führt (s. Exkurs weiter unten und Kapitel 2.1.3.1), bieten sich interessante Formen der Zusammenarbeit zwischen den vormaligen Gegnern, potentiellen Mitstreitern. Die folgenden drei Beispiele beruhen auf einer Situation, wo auf Flächenwachstum zugunsten von innerbetrieblichem Wachstum verzichtet werden kann.

Beispiel 1

Ein Marktfruchtbetrieb erzeugt einen Teil des Eiweißfutters für seinen schweinehaltenden Nachbarn. Im Gemengeanbau z.B. wäre dies zu konkurrenzfähigen Preisen durchaus möglich. Das große Problem des auch ökologisch sehr interessanten Gemengeanbaus, die Inhomogenität des Ernteproduktes, wäre in diesem Fall kein Problem, da die Ration des Betriebes individuell darauf abgestimmt werden könnte. Die Düngung auf diesen Flächen könnte teilweise mit der Gülle des viehhaltenden Betriebes erfolgen, was dessen Umweltbilanz/Feld-Stall-Bilanz entlasten würde. Durch kostenlose Futteranalytik z.B. bei der LUFA könnte das Land diese Zusammenarbeit unterstützen.

Beispiel 2

Nutzungstausch. Ein Flurbereinigungsverfahren dauert von der Beantragung bis zur endgültigen Rechtssicherheit 10 Jahre. Das nächste Flurbereinigungsverfahren müsste eigentlich sofort im Anschluss erfolgen. Der Tausch von Pachtflächen zwischen wirtschaftenden Betrieben (Nutzungstausch) kann schon zur nächsten Aussaat wirksam werden. Flächen auf freiwilliger Basis tauschen wird ein Betrieb aber nicht, wenn er befürchtet, dass der andere Betriebsleiter das Tauschverfahren zur weiteren Flächenakquise nutzt.

Beispiel 3

Arbeitserledigung. Betrieb A hat sehr gute Kenntnisse im Pflanzenschutz und führt deshalb auch für Nachbarbetrieb B alle Pflanzenschutzmaßnahmen durch. Betrieb B kauft Dünger und Pflanzenschutzmittel für beide Betriebe ein.

Exkurs: Führt Flächenwachstum zu mehr Gewinn?

Dafür spricht ein aus der Theorie der Betriebswirtschaftslehre bekanntes Gesetz: Wenn der Gewinn pro Flächeneinheit gleich bleibt, lässt sich mit einer Verdoppelung der Fläche der doppelte Gewinn erzielen. Es gibt allerdings einige gegenteilige Effekte:

- *Zusätzliche Flächen sind oft nur über einen höheren Pachtpreis zu bekommen.*
- *Zusätzliche Pachtflächen liegen oft in einer größeren Entfernung, dies verursacht höhere Transportkosten.*
- *Die größere Zahl an bewirtschafteten Schlägen verursacht höheren Aufwand für die regelmäßige Abschätzung zur Schadschwellenermittlung. Dies kann zu pauschaleren und vorbeugenden Pflanzenschutz- und Düngemaßnahmen bei dementsprechend höheren Kosten führen.*
- *Größere Schläge oder Bewirtschaftungseinheiten führen unter unseren Bedingungen zu inhomogenen Bodenverhältnissen innerhalb eines Schlages, die eigentlich getrennte Saat-Düngungs- und Erntetermine erfordern würden. Dies würde natürlich den Effekt der Arbeitserleichterung zunichte machen und unterbleibt daher.*
- *Die Managementaufgaben an den Betriebsleiter steigen, die Wahrscheinlichkeit für Fehler durch Überlastung ebenfalls.*

In der heutigen Situation kann dies dazu führen, dass auf den zusätzlichen Flächen kein Gewinn erwirtschaftet wird, ja sogar der Gesamtbetrieb in die Verlustzone rutscht. Belastbare Zahlen zur Untermauerung sind nur im Einzelfall bekannt, da diese Problematik in Landwirtschaftskreisen ungern angesprochen wird. Die Statistik zeigt aber: Der Anteil staatlicher Beihilfen (Direktzahlungen) am Gewinn steigt mit der Betriebsgröße^e, das bedeutet, kleine Betriebe bis 30 ha erwirt-

^e Gewinn in Betrieben bis 30 ha besteht zu 40% aus Beihilfen, Gewinn in Betrieben zw. 50 und 150 ha zu 98 % (Wirtschaftsjahr 2002/2003). Zahlen aus: Agrarbericht Bayern

schaffen durchschnittlich einen höheren Anteil ihres Gewinns selbst, sie sind demnach – entgegen der üblichen Darstellung - oft wettbewerbsfähiger.

2.1.3.5 Zeitgemäße Aus- und Weiterbildung

Für eine moderne, zukunftsfähige Landwirtschaft sind Kenntnisse und Fähigkeiten nötig, die in der landwirtschaftlichen Berufsausbildung und in den Agrarfakultäten bisher nicht oder viel zu oberflächlich vermittelt werden. Nicht die Frage, wie viel Zehntel Gramm ein Schwein mit einer neuen Mischfuttervariante mehr zunimmt als mit einer alten ist so sehr entscheidend, sondern vielmehr die Frage, wie etwa eine tiergerechte Haltung konkret in die Praxis umzusetzen ist. Auch neue soziale und wirtschaftliche Kompetenzen sind gefragt, etwa wie die Kooperation mit Kollegen (s. auch Kapitel 2.1.3.4), der Aufbau regionaler Wertschöpfungsketten oder wie der konstruktive Austausch mit Verbrauchern und Verbraucherinnen organisiert und lebendig gehalten werden kann (s. auch Kapitel 2.1.4 und 2.1.5).

Statt eine Landwirtschaftsschule nach der anderen zu schließen, gilt es, im Sinne einer integrierten ländlichen Entwicklung ein neues Kurikulum für die Ausbildung zu schreiben. Beschulung bedürfen hier die Themen: Markt, Agrarmarketing, Kooperation, regionale Verarbeitung, gemeinsame Vermarktung, wirtschaftliches Handeln und Ökologie. Jungen Menschen ist in der Ausbildung das Rüstzeug für eine Zukunftsperspektive auf bäuerlichen Betrieben als Teil einer vernetzten Entwicklung der Regionen zu vermitteln.

Dazu braucht es Akteure, die in den Methoden des „Change Managements“^f geschult sind und damit verantwortungsvoll umgehen. Dazu könnte die geplante „Akademie Ländlicher Raum“ in RLP eine gute Plattform bieten. Die Akademie soll die Prozesse der ländlichen Entwicklung unterstützen und den Akteuren das Rüstzeug vermitteln, mit dem sie die Probleme in ihren Regionen selbst aufgreifen können. Sie soll auch Forumsveranstaltungen die Netzwerkknotenbildung übernehmen, aber nicht an einem festen Ort angesiedelt sein.

Fortbildungsangebote – auch von privaten Anbietern – müssen förderbar sein. Die in RLP praktizierte „Förderung der privaten landwirtschaftlichen Beratung“ stellt in ihrer bürokratisch eng definierten und projektfixierten Form leider eher eine Verhinderung derselben dar.

^f Unter *Change Management*, zu deutsch Veränderungsmanagement, lassen sich alle Aufgaben, Maßnahmen und Tätigkeiten zusammenfassen, die eine umfassende, bereichsübergreifende und inhaltlich weit reichende Veränderung – zur Umsetzung von neuen Strategien, Strukturen, Systemen, Prozessen oder Verhaltensweisen – hier im Bereich der ländlichen Entwicklung - bewirken sollen.

Moderne Formen des E-Learnings, interaktive Plattformen, sowie der Einsatz des Whiteboards⁹ – eignen sich besonders für alle Bildungseinrichtungen in den ländlichen Räumen. Dies ermöglicht Lernen von zu Hause aus und vermeidet lange Wege.

2.1.4 Für eine große Vielfalt der Betriebe

Direktvermarktung oder Verarbeitung der eigenen Produkte, Urlaub auf dem Bauernhof, Gastronomie oder Energieproduktion sind mögliche Wege, zusätzliches Einkommen zu erwirtschaften. Dies kann nicht nur zu mehr wirtschaftlicher Sicherheit der Betriebe führen, sondern bringt sogar noch Beschäftigungszuwachs auf den Betrieben mit sich. Auch im nachgelagerten Bereich können auf diese Weise Arbeitsplätze in der Region geschaffen werden.

Die Diversifizierung gilt noch heute in vielen Bereichen der Agrarverwaltung als „Einstieg in den Ausstieg“. LEADER und Regionen-Aktiv haben hier in vielen Projekten zu einem Umdenken geführt und der Vielfalt landwirtschaftlicher Betriebe zu mehr Akzeptanz verholfen.

Was möglich ist, wenn in einem integrierten Ansatz Akteure aus Wirtschaft, Verbandsarbeit, Politik und anderen Bereichen einer Region vernetzt werden und Projekte, Investitionen und Entscheidungen aufeinander abgestimmt werden, hat das 2001 ins Leben gerufene Modell- und Demonstrationsvorhaben „REGIONEN AKTIV – Land gestaltet Zukunft“ mit großem Erfolg bewiesen. Das Konzept wird von der Organisation für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung (OECD) in ihrem Bericht¹⁰ als ein besonders gutes Beispiel für ländliche Entwicklungsstrategien bewertet.

Durch das Demonstrationsvorhaben „REGIONEN AKTIV – Land gestaltet Zukunft“ wurden in den 18 Regionen des Modellvorhabens 763 neue Vollzeitarbeitsplätze geschaffen und 701 Beschäftigungsverhältnisse erhalten. Außerdem wurden 57 Millionen Euro an Folgeinvestitionen von privater Seite ausgelöst. Gleichzeitig war die Beschäftigungsförderung durch REGIONEN AKTIV hoch effizient. Ein Vollzeitarbeitsplatz kostete hier im Durchschnitt 36.554 Euro an öffentlicher Förderung. Bei konventionellen Programmen der ländlichen Entwicklung lagen die Kosten bisher bei 58.000 bis 100.000 Euro pro Arbeitsplatz.

⁹ Internetbasierte *Whiteboards* erlauben verschiedenen Internet-Nutzern miteinander zu zeichnen oder zu schreiben, ohne dabei spezielle Hardware zu benötigen. Jeder Benutzer verbindet sich mit dem Whiteboard und sieht die Aktionen in Echtzeit auf seinem Computerbildschirm.

Ein wichtiger Punkt sind hier die häufig für kleine und mittlere Betriebe unrealistischen Anforderungen der Gewerbe- und Handwerksordnung sowie der nationalen oder EU-Anforderungen an Qualitätsmanagement und Hygiene, die den kleinen und mittleren Betrieben im Verhältnis zu den größeren einen unangemessenen Bürokratieaufwand aufhalsen. Hier sollten betriebsspezifische und für das jeweilige Zielprodukt (lokale Spezialität?) ausreichende Regelungen entwickelt und angewandt werden.

Das Beispiel Eifel

Hochwertige Erzeugnisse und Dienstleistungen aus der Eifel haben seit 2003 einen gemeinsamen Namen: „Eifel – Qualität ist unsere Natur“. Lebensmittel wie Schinken, Wurst, Eier und Edelbrände tragen diese Marke, ebenso wie Hotels, Restaurants und Anbieter von Ferienwohnungen, die auf besondere Qualität setzen und sich verantwortungsbewusst für den Erhalt der einzigartigen Kulturlandschaft in der Eifel engagieren. Das Eifel-Logo wird nur dann vergeben, wenn strenge Qualitätsstandards eingehalten und die garantierte Herkunft aus dem Naturraum Eifel für den Verbraucher nachgewiesen wird^h. Im Tourismus zeichnen sich Betriebe, die den Titel „Eifel-Selektion“ tragen, durch hohe Güte in Angeboten und Service sowie eine originelle eifeltypische Küche mit regionalen Produkten aus. Die Regionalmarke EIFEL vereint eine Reihe von Wertschöpfungsketten und Partnerschaften unter einem Dach. Diese Fülle schafft eine gewisse Komplexität, erlaubt aber eine effiziente Organisation und Synergieeffekte: Regionale Spezialitäten tragen zum Image der Eifel als Tourismusregion bei und Regionalprodukte finden Abnehmer bei den Besuchern; die gemeinsame Marke fördert das positive Bild der Region in der Öffentlichkeit. Die beteiligten Betriebe entrichten für die Nutzung eine Lizenzgebühr und profitieren von den Effekten und Arbeitsstrukturen des Markenzeichens.

2.1.5 Für Wertschöpfung in der Region

Vom betrieblichen Blickwinkel aus wird bei Wertschöpfung meist nur auf die internen Möglichkeiten innerhalb eines Betriebes geschaut, also auf Kostensenkung, Nutzung günstiger Bezugsquellen usw. Die Idee, dass gezielt in der Nachbarschaft oder der weiteren Region ebenfalls leistungsfähige Partner gefunden werden, wird oft gar nicht weiterverfolgt. Dabei hilft der Bezug über die Region, Einkommen und Arbeitsplätze vor Ort zu schaffen und damit die Gesamtnachfrage in der Region zu heben.

^h Qualitätskriterien für einzelne Produktlinien können eingesehen werden unter:
<http://www.regionalmarke-eifel.de/nextshopcms/show.asp?lang=de&e1=1455&ssid=1>

Der Wertschöpfungsketten-Ansatz¹ beinhaltet den ganzen Prozess vom Rohstoff über die Verarbeitung, den Handel und Vertrieb bis hin zum Kunden. Diese vertikale Betrachtungsweise ermöglicht es, die Qualitäten aller Stufen miteinander zu vernetzen und damit einen Ansatz zur Qualitätssicherung zu bilden. Je geringer die innerregionalen Möglichkeiten der Weiterverarbeitung entlang der Wertschöpfungskette sind, desto größer fällt der Export von Wertschöpfungsmöglichkeiten aus der Region aus. Entsprechend wandern auch die Arbeitsplätze an andere Orte. Umgekehrt lässt sich der innerregionale Effekt deutlich erhöhen, wenn in der Region zusammengearbeitet wird¹¹.

Beispiel Bürener Land

Im Bürener Land in Nordrhein-Westfalen stellten die Zimmerer und Schreiner fest, dass viel heimisches Holz beim Hausbau verwendet wurde, aber der Innenausbau mit Dielen weitgehend durch Holz aus anderen Regionen gedeckt wurde. Warum aber sollten nicht auch die Dielen aus der Region kommen? Deswegen wurde nach heimischen Anbietern gesucht und ein regionales Netzwerk aufgebaut, das nun im Verbund nachfrageorientiert Dielen produziert. Einzelbetriebliche Vorteile dieser Wertschöpfungskette: - Transaktionskostenvorteile - Reduktion von Suchkosten - Reduktion von Abstimmungsaufwand - Verringerung der Transportkosten - Größenvorteile - Nachfragemacht im Einkauf - Angebotsquantität - Losgrößenvorteile in der Produktion - Sonstige Kooperationsvorteile - Informationsaustausch - Bewältigung von Auslastungsspitzen - Controlling - Qualitätsmanagement.

Es sollte beide Möglichkeiten geben: Die kleinteilige Produktion in und für die Region in Wertschöpfungsketten, die das Geld in der Region belassen, und die Produktion größerer Mengen - durchaus auch mit niedrigerem Qualitätsanspruch - für den „Export“ aus der Region heraus. Die Entscheidung, welcher Weg verfolgt wird, ist produkt- und betriebsabhängig. Es sollte hier nicht einem Modell der Vorrang eingeräumt werden. Tendenziell ist aber für eine kleinräumig strukturierte Landwirtschaft, wie es sie in vielen deutschen Gebieten gibt, sicherlich die Konzentration auf Qualität und relativ direkten Absatz die langfristig sicherere. Oder wie Prof. Hamm von der Universität Witzenhausen sagt: „Masse für den Weltmarkt können andere billiger und besser!“.

¹ Der Wertschöpfungsketten-Ansatz beinhaltet den ganzen Prozess vom Rohstoff über die Verarbeitung, den Handel und Vertrieb bis hin zum Kunden

2.1.6 Verbraucher- und marktorientiert

Eine verstärkte Zusammenarbeit ist nicht nur zwischen den Produzenten (s. hierzu auch Kapitel 2.1.3.4) und Verarbeitern oder Abnehmern (z.B. Gastronomie, Schulen) entlang der gesamten Wertschöpfungskette notwendig, sondern ebenso zwischen diesen und gesellschaftlichen Gruppen (Umweltgruppen, Verbrauchern) sowie politischen Entscheidungsträgern. Der gezielte Anschluss an regional verankerte, kulturelle und touristische Traditionen, Strukturen und Aktivitäten ist ebenso wichtig, wie eine stärkere Ausrichtung an den Bedürfnissen der Gastronomie oder Großküchen (Krankenhäuser, Schulen), auch wenn die Anpassungsleistungen in allen Fällen sehr unterschiedlich sind. Weitere Dialogpartner sind Bildungs- und Beratungseinrichtungen.

Gerade in einer Zeit der beschleunigten Globalisierung erlangt die Rückbesinnung vieler Menschen auf die „Heimat“, das Bekannte, das Regionale größere Bedeutung. Man möchte wieder den Bezug haben zu dem, was man kennt. Diese Rückbesinnung ist ein nicht zu unterschätzender Marktfaktor für den Absatz qualitativ hochwertiger, in der Region hergestellter Lebensmittel (und anderer Produkte).

Durch die BSE-Krise und wiederholte zahlreiche Lebensmittelskandale ist die Lebensmittelqualität in den letzten Jahren stark in den Blickpunkt der Verbraucher gerückt. Lebensmittelqualität ist mit "Risikofreiheit" nicht mehr hinreichend definiert. Es reicht den meisten Verbrauchern nicht, wenn Lebensmittel - den Anforderungen der Verarbeitungsindustrie entsprechend - einheitlich, keimfrei und transportfähig sind. Andere Aspekte, wie die Freiheit eines Lebensmittels oder Gemüses von belastenden Agrochemikalien, der Geschmack, die Umweltverträglichkeit, die Tiergerechtigkeit oder die Verarbeitungsintensität werden zunehmend kritisch vom Verbraucher hinterfragt¹². Diese kritische Sicht ist als Marktfaktor ebenfalls nicht zu unterschätzen und bedarf der Orientierungshilfe durch eine angemessene Kennzeichnung.

Foren, Orte, Gelegenheiten des Austauschs und Aushandelns mit Verbrauchern über die gegenseitigen Erwartungen von und an die Landwirtschaft, alle Initiativen zum Thema „Lernort – Bäuerinnen und Bauernhof“ sowie Kochkurse für gesunde Ernährung – vom Kindergarten bis in alle Zielgruppen - müssen unterstützt werden. Die Höfe müssen sich öffnen, aber auch die Köpfe der Verbraucher.

Wir schlagen konkrete Aktionen in Schulen, Hochschulen und Einrichtungen der Erwachsenenbildung wie Volkshochschulen vor:

- Forschungswettbewerbe für Diplom- und Doktorarbeiten zu Teilbereichen der bäuerlichen Landwirtschaft wie z.B. artgerechte Tierhaltung,
- Erarbeitung von Unterrichtsmaterial über bäuerliche Landwirtschaft,
- aktivierende Erwachsenenbildung zum Thema Landwirtschaft in Kursen, Seminaren, Hofbesichtigungen und Stadt-Land-Gesprächen.

Was die ökologische Produktion angeht, herrscht ein eklatanter Widerspruch zwischen der Nachfrage und dem aus deutscher Produktion bereitgestellten Angebot vor. Beispielsweise versorgen Österreich und Holland den Öko-Markt in Deutschland mit Milchprodukten und Eiern. Die deutschen Landwirte können diese Marktchance nicht nutzen, weil sie im Vergleich zu anderen EU-Kollegen geringere Förderungen bei der Beibehaltung – vor allem aber bei der Umstellung – erhalten und so im EU-Wettbewerb benachteiligt sind. Es ist in keiner Weise nachvollziehbar und akzeptabel, wie hier die Bedienung eines vorhandenen Marktes mit steigender Nachfrage behindert wird (s. auch Kapitel 1.3.2.2).

Beispiel Prozessqualität hat einen Markt

Seit der Einführung einer eindeutigen Kennzeichnung von Eiern mit einem Nummerncode im Jahr 2004 (0 = Bio-, 1 = Freiland-, 2 = Boden-, 3 = Käfighaltung) hat die Nachfrage nach Eiern aus alternativen Haltungformen sprunghaft zugenommen. Nach Statistiken der Zentralen Markt- und Preisberichterstattungsstelle - der ZMA - kaufen über 60% der Deutschen keine Käfig-Eier mehr. Sogar die Discounter begannen 2004, Eier aus Käfighaltung auszulisten. 2005 stammten 24 % der in Deutschland verkauften Schaleneier aus Freiland-, 17 % aus Boden- und 8 % aus ökologischer Produktion. Dieser Markt wird allerdings überwiegend von holländischen, österreichischen und skandinavischen Produzenten bedient, da die deutschen Großproduzenten –aktuell und an der Nachfrage vorbei - immernoch zu 66 % Käfig-Eier produzieren und die Umstellung auf Boden- bzw. Bio-Haltung nicht ausreichend gefördert wird. Hier wird aus ideologischen Gründen und zugunsten industrieller Interessen ein großes Marktpotential für deutsche Produzenten vernachlässigt und ausländischen Produzenten überlassen.

2.1.6.1 Qualitativ hochwertige Lebensmittel

Zum Schutz der Gesundheit der Verbraucher ist Lebensmittelsicherheit eine grundlegende Anforderung. Sie ist allerdings nicht mit Qualität gleichzusetzen, sondern stellt nur

einen Aspekt von Qualität dar. Durch zahlreiche Lebensmittelskandale und die BSE-Krise ist die Lebensmittelsicherheit in den letzten Jahren stark in den Vordergrund gerückt.

Eine einseitige Konzentration auf Lebensmittelsicherheit geht allerdings häufig zulasten anderer Qualitätsdimensionen. Steigende, undifferenzierte Anforderungen an die Lebensmittelsicherheit belasten die handwerkliche Nahrungsmittelproduktion und regionale Produzenten.

Verbraucher haben eine im Vergleich zur Lebensmittelwirtschaft völlig andere Definition von Lebensmittelqualität, in der Sicherheit und gesundheitliche Unbedenklichkeit Basisvoraussetzungen sind. Für Verbraucher spielen die Prozessqualität (Anbausysteme, Umweltverträglichkeit, Tiergerechtigkeit) sowie Authentizität und Natürlichkeit eines Lebensmittels sowie Freiheit von belastenden Agrochemikalien bei der Erwartung an Qualität eine immer größere Rolle¹³.

Die Steigerung der Nahrungsmittelqualität und die Entwicklung neuer regionaler Ansätze werden beispielsweise durch folgende Hemmnisse erschwert: Die Ausgestaltung der Handelsklassen, das Subventionsgefüge bei Direktzahlungen, starre Regelungen der Gewerbe- und Handwerksordnung und die häufig für kleine und mittlere Betriebe unrealistischen Qualitäts- und Hygieneanforderungen. Hier sollte eine systematische Überprüfung erfolgen, um neue Spielräume für Qualitätsproduktionen zu schaffen (s. auch Kapitel 2.1.4).

Die Kennzeichnung von Lebensmitteln mit besonderer Qualität nach der Verordnung 92/2081/EWG wird – abgesehen von der für ökologische Produktion - in Deutschland zu wenig genutzt. Hier fehlt es an Aufklärung und Information über diese Möglichkeiten der Absatzförderung ebenso wie an Fortbildungs- und Fördermöglichkeiten für eine Umstellung der Produktion die diesen Ansprüchen gerecht wird.

Eine Chance für regionale Verarbeitung bieten folgende Zeichen:



Die **geschützte Ursprungsbezeichnung (g.U.)** besagt, dass Erzeugung, Verarbeitung und Herstellung eines Erzeugnisses in einem bestimmten geographischen Gebiet nach einem anerkannten und festgelegten Verfahren erfolgen müssen.



Bei der **geschützten geografischen Angabe (g.g.A.)** besteht eine Verbindung zwischen mindestens einer der Produktionsstufen, der Erzeugung, Verarbeitung oder Herstellung und dem Herkunftsgebiet oder es kann sich um ein Erzeugnis mit besonderem Renommee handeln. Diese EU-Qualitätsangabe ist daher zum Schutz regionaler Produkte nur bedingt geeignet, weil hier nur eine der Produktionsstufen, der Erzeugung, Verarbeitung oder Herstellung Verbindung zum Herkunftsgebiet haben muss. Der Verbraucher erwartet aber davon, dass Rohstoffproduktion und Verarbeitung im genannten Gebiet vollzogen wurden.

Eine Chance für Spezialitäten bieten folgende Zeichen:



Die **garantiert traditionelle Spezialität (g.t.S.)** bezieht sich nicht auf einen geographischen Ursprung, sondern hebt die traditionelle Zusammensetzung des Produkts oder ein traditionelles Herstellungs- und/oder Verarbeitungsverfahren hervor.

Die bekannteste Kennzeichnung: Ökologische Erzeugung



Die **ökologische Erzeugung**: Die „Verordnung (EWG) Nr. 2092/91 (Europäische Öko-Verordnung oder EG-Öko-Verordnung) definiert, wie landwirtschaftliche Erzeugnisse und Lebensmittel, die als Öko-Produkte gekennzeichnet sind, erzeugt und hergestellt werden müssen. Sie knüpft an den Basisrichtlinien der Internationalen Vereinigung der ökologischen Landbaubewegungen IFOAM an, in der etwa 750 Verbände aus über 108 Nationen organisiert sind. Um eine klare Unterscheidbarkeit zu konventionell, also nicht biologisch hergestellten Lebensmitteln sicherzustellen, schützt die EG-Öko-Verordnung explizit die Begriffe *Bio-* / *Öko-*, *biologisch* / *ökologisch*, *kontrolliert ökologisch* / *biologisch*, *biologischer* / *ökologischer Landbau*, *biologisch-dynamisch* sowie *biologisch-organisch*. Diese geschützten Begriffe dürfen ausschließlich für Produkte verwendet werden, die mindestens den Kriterien der EG-Öko-Verordnung entsprechen.

2.1.6.2 Verbraucherinformation

Wir schließen uns der Forderung des Bundesverband der Verbraucherzentralen und Verbraucherverbände (BVZV), des Bund für Umwelt- und Naturschutz Deutschland (BUND) und der Gewerkschaft Nahrung-Genuss-Gaststätten (NGG) nach einer stärkeren Beachtung von ökologischen, sozialen und Verbraucherschutzstandards bei der Lebensmittelproduktion an. Den milliardenschweren Werbeetat der Lebensmittelindustrie steht bisher kein vergleichbares Angebot an unabhängiger Verbraucherinformation gegenüber.

Im Detail ist zu fordern:

- mehr Rechtssicherheit für die Verbraucher durch verbraucherfreundliche Produkthaftungsregeln,
- die Einführung individueller Klagerechte und Schadensersatzansprüche bei Irreführung aufgrund der mit Labels und Gütezeichen dem Verbraucher vermittelten ethischen, sozialen und ökologischen Produkteigenschaften.

Die bessere Kennzeichnung von Lebensmitteln ist längst überfällig. Damit die Menschen die Qualität von Produkten besser beurteilen können, bedarf es besserer Information auch über die sozialen Standards, unter denen die Produkte hergestellt wurden. Die Verbraucherinformation und die Verbesserung der Transparenz durch Qualitätssiegel müssen untrennbar mit der Einhaltung ökologischer und sozialer Standards verbunden sein.

3 Forderungen an die Politik in RLP und Saarland

Wir von der Arbeitsgemeinschaft bäuerliche Landwirtschaft Rheinland-Pfalz/Saarland fordern:

1. Diversifizierte Betriebe unterschiedlicher Größen mit vielfältiger Einkommensstruktur sind zu fördern, sie sichern flächendeckende Landbewirtschaftung und touristische Entwicklung.
2. Regionales Wirtschaften sichert Einkommen in den ländlichen Regionen und ist daher auf allen Ebenen zu unterstützen.
3. Wirtschaftliche Nutzung, Natur- und Tierschutz widersprechen sich langfristig nicht. Die Arten- und Sortenvielfalt für eine nachhaltige Landwirtschaft ist zu sichern. Die Forschung für eine nachhaltige Landwirtschaft muss intensiviert werden. Der Ökolandbau muss Leitbild werden.
4. Die freie Wahl von Verbrauchern und Landwirtschaft ist zu sichern; Patente auf Pflanzen oder Tiere sowie Agrogentechnik sind aktiv zu verhindern, da sie die Wahlfreiheit unterlaufen.
5. Das Konzept der Leitbetriebe = *Bauernhöfe als Lernorte* muss gefördert werden.
6. Die Kooperation von Betrieben bei Produktion und Vermarktung ist zu erleichtern und zu fördern.
7. Die Quotenregelung der Milch muss einem am Marktbedarf orientierten System für Inhabergeführte Betriebe mit festgelegten Marktzugangsmengen und Marktpreisen folgen.
8. Die „*Hofnachfolge außerhalb der Familie*“, „*Soziale Projekte auf Höfen*“ sowie „*Archehöfe*“ müssen eine eigenständige Förderstruktur erhalten; mit spezieller Beratung und finanzieller Unterstützung.
9. Die Förderung der privaten Beratung muss entbürokratisiert und praxisorientierter gestaltet werden.
10. Die Förderung von Investitionen sollte von einer prozentualen auf eine Festbetragsförderung pro Einheit umgestellt werden, um kostengünstige Baumaßnahmen zu erleichtern und die Verschuldung der Betrieb nicht unnötig zu verstärken.

Hilfreiche Links und Literatur im Internet:

AbL :

<http://www.abl-ev.de/>

AbL RLP-Saarland:

<http://www.abl-rlp-saar.de/>

Bezug Unabhängige Bauernstimme:

<http://www.bauernstimme.de/>

Gentechnik:

<http://www.saveourseeds.org/downloads/Bauernbrochure.pdf>

http://www.ulrike-hoefken.de/cms/default/dokbin/232/232887.kontrolle_oder_kollaboration_agrogentech.pdf

www.keine-gentechnik.de

Regionalentwicklung:

<http://www.tag-der-regionen.de/index.php>

Bäuerliche Themen kritisch recherchiert:

<http://www.bauernstimme.de/>

Stichwort „Nachhaltige Landwirtschaft“:

http://www.bund.net/bundnet/themen_und_projekte/landwirtschaft/

Bezug gentechnikfreies Saatgut/Futtermittel:

<http://www.gentechnikfreie-saat.de/ueber-uns.html>

<http://www.abl-ev.de/>

http://www.gentechnikfreie-anbauregion-erding.de/wo_gibt_es_futtermittel.htm

Literatur

¹ BESTE, A. (2008): Ansprüche an die Bodenqualität bei zu erwartenden Klimaänderungen. Vortrag Tagung Klimawandel - Auswirkungen auf Landwirtschaft und Bodennutzung, Osnabrück 2008 - Tagungsreader

² Teilweise zitiert aus: *Internationaler Agrarhandel ist kein Selbstzweck* Nichtregierungsorganisationen fordern Vorrang für Menschenrechte, Gerechtigkeit und Nachhaltigkeit bei den WTO Agrarverhandlungen. *Position des Forums Umwelt und Entwicklung* (Unterzeichner der Forderungen: Arbeitsgemeinschaft bäuerliche Landwirtschaft (AbL) / Brot für die Welt / Bund für Umwelt und Naturschutz Deutschland (BUND) / BUKO Agrar Koordination / Evangelischer Entwicklungsdienst (EED) / Euronatur / FIAN Deutschland / Gerechtigkeit jetzt! / Germanwatch / Inkota-netzwerk / Katholische Landjugendbewegung Deutschland (KLJB) / Kirchlicher Dienst auf dem Lande / Misereor / Naturland / Naturschutzbund Deutschland (NABU) / Netzwerk Afrika Deutschland (NAD) / Oxfam Deutschland / Weltladen- Dachverband / WWF Deutschland)

und

SCHMIDT, G.; JASPER, U. (2001): *Agrarwende oder die Ernährung unserer Zukunft*. München

³ Antwort des Ministeriums für Wirtschaft, Verkehr, Landwirtschaft und Weinbau auf die Große Anfrage der Fraktion der SPD – Drucksache 15/1831 – Situation der Milchviehbetriebe und der Milchwirtschaft in Rheinland-Pfalz

⁴ OECD (2006): *Das neue Paradigma für den ländlichen Raum*, OECD-Berichte über die Politik für den ländlichen Raum, Paris.

⁵ Überwiegend aus: BESTE, A.; MONDERKAMP, F. (2008 aktualisierte Auflage!): *Energie – sinnvoll eingespart – effizient genutzt – nachhaltig produziert. Ein Energiecheck für landwirtschaftliche Betriebe. Punktesystem mit Erläuterungstext. Ab März 2009 zu beziehen über den Bund für Umwelt und Naturschutz Deutschland (BUND), bund@bund.net*

⁶ Pressemitteilung der Fachagentur Nachwachsende Rohstoffe e. V. (FNR) Nr. 449 vom 17. Januar 2006

⁷ EEA, Europäische Umweltagentur (2004) *Biokraftstoffe für Verkehrszwecke: eine Untersuchung der Auswirkungen auf Energie- und Landwirtschaft*.

⁸ OECD/ITF (2008): *Biofuels: Linking Support to Performance*

⁹ Laut einer Studie des Büro für Bodenschutz und Ökologische Agrarkultur, Mainz. BECKER, M.; BESTE, A. (2008): *Forschungsansätze klammern Nachhaltigkeit bisher aus. Frage nach der Nachhaltigkeit des Energiepflanzenbaus in laufenden Forschungsprojekten noch nicht angekommen*. In: *Ländlicher Raum*, 2/2008

¹⁰ OECD (2006): *Das neue Paradigma für den ländlichen Raum*, OECD-Berichte über die Politik für den ländlichen Raum, Paris.

¹¹ HAHNE, U. (2007): *Die Bedeutung regionaler Wertschöpfungspartnerschaften für die nachhaltige Regionalentwicklung*. In: DVL und RA-Seminar „Regionale Wertschöpfungspartnerschaften aufbauen und in die Entwicklungsstrategie integrieren“

¹² BESTE, A. (2006): *Qualitätsprodukte, Convenience-Food und Discountware: Tendenzen in der Lebensmittelnachfrage. = Tagungsbericht ASG Tagung „Lebensmittelqualität & Wettbewerb: Welche Weichen stellt die EU-Agrarpolitik?“* In: *Ländlicher Raum* 5/6 2006

¹³ BESTE (2006)

